



**Protokoll der 34. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld  
vom Mittwoch, den 16. Juni 2010, 19.00 Uhr, Rathaus**

**Vorsitz:** Gemeinderatspräsidentin Lisa Landert

**Namensaufruf:** 34 anwesende Mitglieder

**Entschuldigt:** Gemeinderatsmitglieder, Brigitte Bohner, Marcel Epper, Pascal Frey, Michael Krucker, Annika Schiesser Beerli

**Verspätet:** Gemeinderätin Ruth Kern-Brüscheiler (ab 19.20 Uhr)

**Mitanwesend:** 4 Stadtratsmitglieder

**Entschuldigt:** Stadtrat Urs Müller

**Sekretär:** Jost Kuoni

---

**TRAKTANDEN:**

- 338 Mitteilungen
- 339 Volksinitiative "2m<sup>2</sup> Solarfläche pro Einwohner"  
Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 340 Teilrevision Geschäftsreglement Gemeinderat  
Eintreten, materielle Beratung, Gesamtabstimmung

---

**Gemeinderatspräsidentin Lisa Landert:** "Herr Stadtammann, Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, es herrscht Ausnahmezustand. Die Schweizer haben gekämpft und gewonnen. Ich bin immer noch etwas "kribbelig" von dem Fussballmatch, den ich im "Dreiegg" gesehen habe. Ich hoffe aber, Sie können sich auf die Sitzung konzentrieren. Ich hoffe, ich kann es auch!"

Auch wir haben in den letzten Wochen und Monaten gekämpft. Und schlussendlich hat nicht die Anzahl Tore, sondern das Frauenfelder Stimmvolk entschieden. Am vergangenen Sonntag wurde die Teilrevision unserer Gemeindeordnung mit 1977 Ja- gegenüber 1356 Nein-Stimmen angenommen. Die geringe Stimmbeteiligung von 23,1% widerspiegelt die Komplexität der Materie, und schlussendlich haben sicherlich auch das Regenwetter sowie das Fehlen von nationalen Abstimmungsvorlagen dazu beigetragen. Für uns heisst das nun, dass wir uns heute Abend mit der Teilrevision unseres Geschäftsreglements befassen können. Gleichzeitig durfte unser Gremium an der vergangenen Sitzung das zweitletzte Mal über Einbürgerungsgesuche befinden, für welche in Zukunft eine Einbürgerungskommission zuständig sein wird. Und die Behandlung des Voranschlags wird nach hinten verschoben, so dass wir uns zu Beginn des Advents, anstatt mit Mandarinen, mit Zahlen herumschlagen dürfen."

Die **Ratspräsidentin** stellt nach erfolgtem Namensaufruf fest, dass 34 Ratsmitglieder anwesend sind. Das absolute Mehr beträgt somit 18. Gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements des Gemeinderats ist dieser somit beschlussfähig.

Die **Ratspräsidentin** stellt die rechtzeitig zugestellte Traktandenliste zur Diskussion. Es werden keine Einwände geltend gemacht, so dass diese als stillschweigend genehmigt gilt.

**338**

## **MITTEILUNGEN**

### **338.1 Bewilligung für Bild- und Tonaufnahmen für "Tele Top"**

Aufgrund von Art. 28 des Geschäftsreglements des Gemeinderates gestattet die **Ratspräsidentin** dem Fernsehsender "Tele Top" Bild- und Tonaufnahmen während der heutigen Ratssitzung für einen Beitrag bezüglich des Geschäfts "Solarinitiative" vorzunehmen.

### **338.2 Abwesenheit von Stadtrat Urs Müller**

**Gemeinderatspräsidentin Lisa Landert:** "Stadtrat Urs Müller hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt. Er wurde mit Stadtratsbeschluss Nr. 169 vom 4. Mai 2010 seitens des Stadtrats als Nachfolger von Carlo Parolari für den Verwaltungsrat der KVA Thurgau vorgeschlagen. Während wir hier tagen, findet in Weinfelden die Delegiertenversammlung der KVA statt, wo er sich heute Abend den Delegierten für seine Wahl vorstellt."

### **338.3 Lachsfarbenes Papier zur Botschaft "Solarinitiative"**

**Gemeinderatspräsidentin Lisa Landert:** "An Ihren Plätzen liegt ein lachsfarbenes Papier auf, welches uns zur materiellen Beratung der Solarinitiative dienen wird."

### **338.4 Ersatzwahlverfahren Rücktritt Gemeinderätin Regula Brunner**

Mit Stadtratsbeschluss Nr. 225 vom 1. Juni 2010 wurde das Ersatzwahlverfahren für die zurücktretende Gemeinderätin Regula Brunner eingeleitet.

### **338.5 Rücktritt von Gemeinderätin Ruth Faller Graf**

**Gemeinderatspräsidentin Lisa Landert:** "Mit folgendem Schreiben vom 14. Juni 2010 hat Gemeinderätin Ruth Faller Graf ihren Rücktritt bekannt gegeben:

'Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin, liebe Lisa.

Mit diesem Schreiben möchte ich meinen Rücktritt aus dem Gemeinderat Frauenfeld per 31. August 2010 bekannt geben.

Aus familiären und beruflichen Gründen habe ich mich in dieser Legislatur leider nicht so sehr im Gemeinderat einbringen und engagieren können, wie ich es gerne gewollt hätte.

Dennoch habe ich es auch dieses Mal als spannend und lehrreich empfunden, Teil des Gemeinderates sein zu dürfen. Die Auseinandersetzung mit verschiedenen Sachfragen und aber auch mit den verschiedenen Meinungen im Rat habe ich sehr geschätzt. Sie haben mich zum Denken angeregt und mir einen speziellen Blick darauf ermöglicht, was es heisst, an demokratischen Prozessen teilzunehmen und teilweise stellvertretend für die Bevölkerung unserer Stadt Entscheide zu fällen oder mitzutragen.

Ich möchte mich beim Stadtrat und dem Gemeinderat für die konstruktive und oft sehr freundschaftliche Zusammenarbeit bedanken und wünsche allen weiterhin viel Freude und Elan in dieser Arbeit.'

Das Ersatzwahlverfahren wird vom Stadtrat eingeleitet."

### **338.6 Sportliches**

**Gemeinderatspräsidentin Lisa Landert:** "Am 28. August 2010 findet in Frauenfeld der traditionelle Stadtlauf statt. Ich habe mir zum Ziel gesetzt, am Prominentenlauf, welcher um 17.35 Uhr stattfindet - Sie können sich dies schon einmal notieren - mit einem mindestens fünf - besser noch zehnköpfigen Team aus dem Gemeinderat mitzulaufen. Damit Sie die 1'800 Meter meistern können, erwähne ich dieses Begehren jetzt schon, damit Sie sich in der Sommerpause optimal vorbereiten können. Machen Sie der abtretenden Gemeinderätin Regula Brunner eine

Freude und nehmen Sie teil.

Am 25. Juni 2010 findet um 18.00 Uhr in der 'Kleinen Allmend' das Fussballderby Gemeinderat gegen Stadtverwaltung statt. Unser Team freut sich sicherlich um lautstarke Unterstützung.

**339**

### **VOLKSINITIATIVE "2M<sup>2</sup> SOLARFLÄCHE PRO EINWOHNER"**

*Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung*

(Botschaft Nr. 188 des Stadtrates vom 11. Mai 2010, mit Beilage Entwurf Abstimmungsbotschaft)

**Gemeinderatspräsidentin Lisa Landert:** "Am 26. Juni 2009 wurde die Volksinitiative '2m<sup>2</sup> Solarfläche pro Einwohner' mit 860 gültigen Unterschriften eingereicht. Heute befinden wir über deren Gültigkeit und Inhalt, den stadträtlichen Gegenvorschlag und die Abstimmungsbotschaft. Für dieses Geschäft wurden Ihnen die stadträtliche Botschaft Nr. 188 und die zugehörige Abstimmungsbotschaft zugestellt. Ebenfalls liegt an Ihren Plätzen ein 'lachsfarbenedes Papier' mit Korrekturen der GPK auf. Bei der Behandlung bitte ich Sie, die Rededauer von zehn Minuten einzuhalten und Eintretensvoten sauber von der materiellen Beratung zu trennen."

### **Eintreten**

**Gemeinderat Matthias Frei,** Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt: "Im Namen der GPK Bau, Werke, Umwelt spreche ich nun zuerst zum Eintreten, welches in der Kommission unbestritten war, und werde dann in der materiellen Beratung noch einige Worte zum 'lachsfarbenen Papier' verlieren, welches von der Gemeinderatspräsidentin vorgängig erwähnt und verschickt wurde und zudem an den Plätzen aufliegt.

Meine Damen und Herren, hier und heute geht es um die inhaltliche Wertung der Solarinitiative durch unseren Rat. Zudem haben wir zu entscheiden, ob dem Souverän an der Urnenabstimmung vom 26. September der stadträtliche Gegenvorschlag unterbreitet wird.

Ich nehme es vorweg: Die GPK Bau, Werke, Umwelt unterstützt die Stossrichtung des Stadtrats, empfiehlt die Initiative in knapper Ausmarchung - vier zu drei Stimmen - zur Ablehnung, stützt gleichzeitig den Stadtrat und seinen Gegenvorschlag mit vier zu zwei Stimmen (bei einer Enthaltung) und der Empfehlung zur Annahme. Auch die formalen und inhaltlichen Begründungen zur Gültigkeitserklärung (Antrag 1) schienen für uns nachvollziehbar zu sein, weshalb der Gültigkeitserklärung einstimmig entsprochen wurde. Zuletzt genehmigte die GPK auch die dazugehörige Abstimmungsbotschaft mit fünf Ja-Stimmen, bei zwei Enthaltungen.

In der kritischen Diskussion der Botschaft in der GPK haben sich Fronten aufgetan und wieder geschlossen. Stadtmann Carlo Parolari und Ernst Haas als Direktor der Werkbetriebe standen der Kommission beratend zur Seite, konnten dabei sehr viele offene Fragen beantworten. Die GPK begrüsst, wie auch der Stadtrat, die grundsätzliche Stossrichtung der Initiative, sieht aber in der Umsetzung und dem Vollzug, mitunter auch aufgrund der zu wenig präzisen Formulierung des Initiativtextes, grosse Probleme. Zudem ist es die Kommissionsmeinung, dass die finanziellen Belastungen des aufgezeigten 'worst case'-Szenarios weder für die Stadt tragbar, noch sinnvoll im Sinne einer nachhaltigen Förderung von alternativen Energietechnologien eingesetzt wären. Man war sich mehrheitlich einig, dass der Steuerfranken im engen Fokus der Solartechnologien nicht optimal eingesetzt wäre.

Nota bene: Die Stadt Frauenfeld beweist ja schon seit längerem ihren guten Willen, dem Label der 'Energistadt' zu entsprechen, und lanciert oder unterstützt Projekte im Bereich der Energieeffizienz-Steigerung und der alternativen Energietechnologien. Die Kommission entsprach der stadträtlichen Meinung, dass die Initiative zwar 'sexy' daher komme, aber einige 'Pferdefüsse' aufweise, die schmerzen würden, wenn man von einem ebensolchen Huftritt getroffen werde.

Ernst Haas erläuterte die aktuelle Problematik der noch überteuerten und gleichzeitig zu wenig effektiven Photovoltaik. Zudem werde bei der Zellenproduktion zur Zeit noch soviel 'graue' Energie verwendet, dass Solarstrom gerade mal CO<sub>2</sub>-neutral ausfalle.

Deshalb war man in der Kommission der Ansicht, dass der stadträtliche Gegenvorschlag mit der Schaffung eines Förderfonds mit der jährlichen Speisung von einer Millionen Franken nachhaltig sinnvoller wäre.

Natürlich wurde die stadträtliche Botschaft auch kritisch hinterfragt. So wurde über die Handhabung der Finanzkompetenzen bei einem vorgeschlagenen Fonds diskutiert, und auch dass man über die Höhe der eingesetzten Fonds-Gelder diskutieren könne. Auch das Textdesign der Botschaft und der vermeintlich zu enge Fokus auf das 'worst case'-Szenario standen zur Diskussion. Von 'geteilter Seele' und der richtigen Richtung, aber einem zu wenig kraftvoll ausgeführten Stoss - oder aktuell vielleicht auch Schuss - war die Rede.

Die Resultate unserer Beratungen kennen Sie ja schon, meine Damen und Herren. Die GPK Bau, Werke, Umwelt stützt bekanntlich die stadträtlichen Anträge. Jetzt sind Sie dran."

**Gemeinderat René Gubler:** "Da vom Präsidium gewünscht wird, dass wir zum Eintreten und der materiellen Beratung getrennt unsere Voten halten sollen, möchte ich mich kurz fassen. Die Fraktion SVP/FDP/EDU ist für Eintreten auf dieses Geschäft."

**Gemeinderat Christian Oettli:** "Ich spreche im Namen der Fraktion CH/Grüne. Unser Eintreten auf das Geschäft zur Solarinitiative ist aus urheberschaftlichen Gründen selbstverständlich. - Der Initiativtext ist Ihnen bekannt. Mit andern Worten will die Solarinitiative mittels einer klaren Flächenvorgabe vor allem Privatpersonen und Unternehmen zum Aufbruch bewegen, die Sonnenenergie einzufangen und zu nutzen. Die Stadt soll mitanschieben helfen und hat bei der Beratung und der Gewährung finanzieller Anreize freie Wahl zwischen Sonnenkollektoren zur Wärmeerzeugung und Photovoltaik-Anlagen."

Das Ziel der Initiative liegt keinesfalls quer in der energiepolitischen Landschaft, denn die Förderung erneuerbarer Energien ist Teil der Förderprogramme von Bund, Kanton und Stadt. Selbstverständlich sollen energiesparende Massnahmen wie zum Beispiel Gebäudeisolationen durch die Solarinitiative nicht konkurrenziert werden. Die Frage nach dem Energiewirkungsgrad pro eingesetztem Franken ist hierbei zentral, für Gemeinwesen noch ausgeprägter als für Private, welche aus Überzeugung oder Idealismus weniger hart kalkulieren.

Immer wieder gibt es auch Bekräftigungen, dass die Solarenergie effizienter genutzt werden kann, wie die kürzliche Verleihung des Millennium-Technology-Preises an ETH-Professor Grätzel für dessen Entwicklung einer günstigen und wirkungsvollen Photozelle. Diese ahmt die Pflanzen nach; heraus kommt aber Strom statt Zucker. - Ein anderes Beispiel sind die Stadtwerke München, die sich auf Initiative der Politik das ehrgeizige Ziel gesetzt haben, bis 2015 soviel Ökostrom in eigenen Anlagen zu erzeugen, dass damit alle Münchner Privathaushalte versorgt werden können. Bis 2025 sollen die Stadtwerke München sogar soviel 'grünen Strom' produzieren, dass sie den gesamten Münchner Bedarf decken könnten: 7,5 Milliarden Kilowattstunden. Ein guter Teil davon soll lokal mit Photovoltaikanlagen produziert werden - soviel also zum Umfeld der Solarinitiative.

Diese Aufbruchsstimmung betreffend Solarenergie will die Mehrheit des Stadtrates offenbar nicht aufnehmen. Unsere Fraktion findet, aus den beiden Botschaften werde ein starker Wille zur Ablehnung der Solarinitiative erkennbar. Die stadträtliche Reaktion auf die Initiative kommt uns etwas ängstlich und fantasielos sowie in einigen Formulierungen fragwürdig vor. Lassen Sie uns diese Vorwürfe erläutern:

Ängstlich verhält sich der Stadtrat, wenn er den Extremfall hervorkehrt und suggeriert, allenfalls alles selber realisieren und 90 Millionen Franken zahlen zu müssen. Dies hat die Fraktion sehr gestört. Pflichtbewusstsein dem Auftrag gegenüber in Ehren, aber wird dies hier nicht überstrapaziert? Würden die Initianten bzw. das Volk im Jahr 2020 auf Sanktionen pochen, wenn die Zielsetzung nicht ganz erreicht würde, sie aber den guten Willen und den Einsatz der Stadtverwaltung gesehen hätten? Wohl kaum. - Die Initianten selber gehen davon aus, dass Privat- und Firmenhaushalte die Mehrheit der Kosten tragen werden.

Zielsetzung ist eine bewährte Methode, um sich auf den Weg zu begeben. Gemeinsam auf ein Ziel hin zu arbeiten, braucht nicht nur Last zu sein, sondern kann auch Lust bedeuten, insbesondere wenn dadurch

- das einheimische Gewerbe in einem Zweig des qualitativen Wachstums Arbeit bekommt;
- wenn das Know-how zu einer Technologie hier in Frauenfeld zunimmt;
- wenn dadurch ins Bewusstsein dringt, dass Sonnenenergie letztlich gratis und unerschöpflich ist;
- wenn nebenbei die Abhängigkeit vom Ausland ein klein wenig reduziert werden kann.

Den Extremfall annehmend, hätte man auch das Eidgenössische Schwingfest nicht anpacken dürfen, weil ja ein wüstes Sommergewitter die Festzelte hinwegfegen oder ein Jahrhunderthochwasser das Gelände unter Wasser setzen könnte. Effektiv wird aber in kurzer Zeit eine Tribüne mit 47'000 Sitzplätzen hingestellt und nach dem Fest wieder entfernt. Da manifestiert sich

ein enormer Aufbau- und Abbruchwille! Es mutet schon seltsam an, wenn demgegenüber der Wille nicht ausreicht, um innerhalb von zehn Jahren ein paar tausend Quadratmeter Solarfläche definitiv zu installieren.

Wenn der Wille fehlt, ist auch die Fantasie blockiert. Um das Ziel der Solarinitiative zu erreichen folgt hier eine nicht abschliessende Aufzählung, was die Stadt tun könnte. Der erste Vorschlag ist weder finanzieller noch technischer Art:

- Auf Seiten der Werkbetriebe ist eine neue Kultur der Freude einzuführen, nämlich sich über erneuerbare und eingesparte Energie mehr zu freuen als über gehandelte bzw. verkaufte Energie.

Die weiteren Vorschläge haben mehr Realitätssinn. Es geht um:

- solare Erwärmung des Duschwassers in Turnhallen, einhergehend mit entsprechender Bewusstseinsbildung bei Schülerinnen, Schülern und Sportvereinen;
- ausgreifende Unterstützung von Privathaushalten bei der solaren Wärmeerzeugung für Heizung, Küche und Bad;
- Unterstützung von Firmen für die solare Prozesswärmeerzeugung;
- Weil der technische Fortschritt zu Effizienzsteigerungen und/oder zu Verbilligungen führt, warten Investitionswillige oft noch zu. Den sofort handelnden Privaten und Unternehmern könnte die Stadt deshalb befristet einen Ausgleich für nicht realisierte Effizienz bzw. für höhere Anlagekosten im Vergleich zwischen heute und der Zukunft bezahlen.
- Einbezug nicht nur der Dächer in die Handlungsmöglichkeiten bzw. in die Solarflächenbilanz, sondern auch der Fassaden. Die SIA zum Beispiel hat immense fensterlose Fassaden, die nichts anderes tun, als Witterungsschutz bieten. Wie wir in Analogie zum Kantonalbank-Slogan wissen, könnten aber auch diese Fassaden 'härter arbeiten'.
- Auch Lärmschutzwände entlang von Strassen und Schienen könnten gegebenenfalls eine Doppelfunktion übernehmen und mit Solarfläche kombiniert werden.

Aus zeitlichen Gründen klemme ich hier die Aufzählung ab.

Wie eingangs erwähnt, findet unsere Fraktion einige Punkte und Formulierungen in der Abstimmungsbotschaft fragwürdig. Ich zitiere von Seite 2, unten:

- *Die Stadt Frauenfeld will auch in Zukunft eine moderne Energiepolitik gestalten und sich dabei nicht einseitig auf die Nutzung der Solarenergie beschränken.*  
Unser Kommentar: Hier werden mit den Wörtern "einseitig" und "beschränken" unterschwellig Befürchtungen geschürt. Die Initianten sind sich bewusst, dass die Solarenergie nur eine Ergänzung im Energie-Mix darstellt.
- Ich zitiere weiter, von Seite 8, Mitte: *Zudem leistet die Photovoltaik in der Schweiz keinen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Entlastung der Umwelt.*

Unser Kommentar: Eine Technologie, die nicht bei allen Kriterien der Energiebewertung stark ist, braucht deswegen nicht schlecht zu sein. Lokale Photovoltaikanlagen sind sicher besser als die ausländischen Kohlekraftwerke, die unter schweizerischer Beteiligung rauchen, um billigen Strom zu produzieren, der von weit weg in die Schweiz importiert wird, um hier in profitableren Wasserstrom umgewandelt zu werden.

Nach allem bitten wir die Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, um ein beherztes Ja zur Solarinitiative bzw. um ein Nein zum zweiten stadträtlichen Antrag.

Selbstverständlich würdigt die Fraktion CH/Grüne auch die bisherigen Anstrengungen sowie Leistungen von Stadt und Werkbetrieben in Zusammenhang mit haushälterischer Energienutzung und kluger Energieerzeugung. Auch der Gegenvorschlag zur Solarinitiative ist uns nicht entgangen. Er ist aus unserer Sicht so nicht akzeptabel. Wir sind aber kompromissbereit, weshalb wir für die materielle Beratung zwei Änderungsanträge unserer Fraktion ankündigen.

**Gemeinderat Christoph Regli:** "Ich spreche im Namen der CVP/EVP-Fraktion. Wir sind einstimmig für Eintreten. Die Prüfung der Gültigkeit hat der Stadtrat in genügendem Mass vorgenommen und die Initiative auf diesem Weg zu beseitigen, hätte bei uns Unverständnis hervorgerufen, wenn nicht ganz klare Fehler dies verlangt hätten.

Unsere Fraktion begrüsst die Förderung der neuen Energien. Wir sind aber auch eindeutig der Meinung, dass die Initiative schwer zu händeln ist sowie schwer überblickbare und hohe Kosten verursachen könnte - dies vor allem unter Berücksichtigung der zu langen Fristen. Zudem ist sie uns zu einseitig. Aus diesen Gründen sind wir damals nicht dem Initiativkomitee beigetreten und sind nun auch dagegen. Gleichzeitig sind wir eben auch für die Unterstützung von baulichen Energiesparmassnahmen möglichst vieler Frauenfelder.

Der Stadtrat hat nun einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der konkrete Zahlen nennt, kreativ in der Mittelherkunft ist und in der Verwendung des Geldes mehr Spielraum lässt. Darin sehen wir einen guten Schritt in die richtige Richtung. Bei beiden Hälften der Mittelverwendung sehen wir aber Handlungsbedarf.

### ***Zuerst aber zur Mittelherkunft:***

Wir finden die vorgesehene Preiserhöhung zumutbar, wenn dies gemäss den erhaltenen Angaben für eine durchschnittliche Familie etwa 13 Franken ausmacht - auch wenn dies nicht verursachergerecht ist. Zusätzlich etwa 1 Steuerprozent in diese Idee zu stecken, ist sicher das zeitgemässe Minimum.

### ***Zur Mittelverwendung:***

*Eine Hälfte* soll für stadteigene Projekte verwendet werden. Wir denken, dass dieser Betrag echte und viele Massnahmen auslösen kann, wenn dabei ein Hebel zur Anwendung kommt, indem

- Unterstützungsbeiträge für Gebäude aus dem Finanzvermögen nur so weit aus diesem Fond gegeben werden, wie dies bei privaten Eigentümern auch der Fall wäre und

- bei Gebäudesanierungen des Verwaltungsvermögens nur die Mehrkosten darüber abgerechnet werden können.

Dies lesen wir zwischen den Zeilen. Es ist möglicherweise eine Interpretation, aber wir finden es eine zulässige Interpretation und das müsste dann im Reglement entsprechend geregelt werden. Gerne werden wir in den Voten der anderen Fraktionen schauen, ob diese Passage auch so interpretiert wird. Mit dieser Interpretation des Textes sind wir für diesen Absatz gegen einen allfälligen Änderungsantrag.

Ebenfalls im Reglement wird geregelt werden müssen, was mit Beträgen, die in diesem Bereich nicht abgeholt werden, geschehen soll. Sie sollten unseres Erachtens in die andere Hälfte einfließen, wenn dort genügend Projekte vorhanden sind. Auch hier sind wir auf die anderen Fraktionsvoten gespannt - ohne Opposition jetzt wäre dies unseres Erachtens wohl auch so vorzusehen. Wir könnten uns übrigens nicht vorstellen, dass die in einem Jahr nicht gebrauchten Beträge einfach angehäuft werden. Es wäre eher eine Sistierung anzustreben, wenn es tatsächlich zu wenige Projektwünsche im privaten und auch im öffentlichen Bereich geben sollte. Wir schliessen andererseits auch nicht aus, dass zusätzliche Projekte unterstützt resp. gebaut werden könnten, wenn das Geld für andere uns wichtige Wünsche betreffend neuen Energien nicht ausreicht.

*Zur anderen Hälfte und dem allfälligen Überschuss aus der ersten Hälfte:* Die einfache Handhabung durch Anbindung an Bewilligungen des Kantons finden wir sehr gut. Weniger Energie zu verbrauchen ist sehr sinnvoll, wahrscheinlich am Effizientesten - entsprechend braucht es einen rechten Anteil der Beträge für Gebäudehüllensanierung. Dafür 60 % zu verwenden, ist unseres Erachtens aber an der obersten Grenze. Projekte mit anderen Massnahmen sollten durchaus Vorrang geniessen, wenn sie in genügendem Masse vorhanden sind. Entsprechend sind wir gegen den vorgängig zugestellten Vorschlag CH/Grüne, da wir verhindern wollen, dass plötzlich wegen den "einfachen" Projekten für Gebäudesanierungen andere Projekte zu wenig gesucht respektive angestrebt werden. Auch wenn - wie oben erwähnt - Gebäudehüllensanierungen vielleicht sogar mehr bringen: Sie dürfen nicht noch dominanter werden, nur weil sie vielleicht auch eine bessere Lobby haben.

Wir sind der Meinung, dass neben der Maximalprozentzahl für Gebäudehüllensanierungen keine konkreten Zahlen genannt sein sollten. Vielmehr sollte daneben das gesamte heutige und künftige Spektrum des Förderprogramms des Kantons unterstützt werden können, allenfalls ohne Minergiebeiträge für Neubauten.

Der Antrag unsererseits lautet also: *"Die andere Hälfte des Fonds steht zu maximal 60% für die Förderung von Gebäudehüllensanierungen und darüber hinaus für Projekte von Wirtschaft und anderen Privateigentümern zur Verfügung."*

Der letzte Satz dieses Absatzes entfällt dann ebenso wie die Zusammenstellung der ungefähren Finanzrahmen.

Die **Ratspräsidentin** hält fest, dass Gemeinderat Christoph Regli für die materielle Beratung einen entsprechenden Antrag gestellt hat. Im Weiteren stellt sie fest, dass Gemeinderätin Ruth Kern zwischenzeitlich eingetroffen ist und somit 35 Ratsmitglieder anwesend sind. Das absolute Mehr liegt immer noch bei 18.

**Gemeinderat Mathias Frei:** "Nun spreche ich im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund. Eintreten zur vorliegenden Botschaft war für uns unbestritten.

Meine Damen und Herren, haben Sie schon einmal von organischen Solarzellen gehört? Nein? Keine Sorge, vom Prinzip der biochemischen Photosynthese als Energieumwertung, wobei in diesem Falle Kohlenwasserstoffverbindungen eingesetzt werden, habe ich auch erst kürzlich erfahren. Retze Koen, ausgewiesener Solarspezialist und Leiter des bekannten Greenpeace-Jugendsolarprojekts Schweiz, hat mir davon erzählt. Dass in dieser neuen Technologie riesiges Potenzial liegt, hat er gesagt. Ich habe nach diesem Gespräch an das Wort 'Paradigmenwechsel' gedacht, an eine neue Zeitrechnung in der Photovoltaik-Technologie.

Obwohl Glaubensbekenntnisse nicht im SP-Parteiprogramm enthalten sind: Ich glaube, dass die Solarinitiative viel Mut braucht. Mut, um in der Zukunft keine Szenarien, sondern eine lebenswerte Zukunft zu sehen. Mut, um grösste Hoffnungen in einen nachhaltigen Fortschritt zu haben.

Vielleicht haben wir ja den Mut. Vielleicht wird Frauenfeld, werden wir alle Teil dieses Paradigmenwechsels, wenn der Frauenfelder Souverän im Herbst die Solarinitiative annimmt. Die einen mögen nun mit den 90 Mio. Franken argumentieren, welche die Stadt Frauenfeld in die Hand nehmen müsste, um je gut 25'000 Quadratmeter Solarthermie und Photovoltaik zu erstellen. Ein Super-GAU-Betrag, falls die öffentliche Hand alles selber erstellen müsste. Zum Glück sind grösste anzunehmende Unfälle relativ selten. Die anderen sind der Meinung, dass niemals 90 Millionen Franken ausgegeben werden müssten, wenn neue Förderinstrumente generiert würden. Wenn in der Stadt mit dem Wahlspruch 'Sonne über Frauenfeld' Solartechnologien 'sexy' werden würden, wenn eine Solarbewegung in Frauenfeld entstehen würde. Eine Bewegung von unten, wo es Platz für alle hat, für 'die Linken' und 'die Netten', für 'die Rechten' und 'die Dicken', für 'die Dünnen' und 'die Doofen'. Eine Bewegung, die Identität stiftet.

Oder: Wenn die 'coolen Kids' auf dem Schulhof diejenigen wären, welche im Wohnblock mit den 'coolen Panels' auf dem Dach wohnen. Wenn man mit dem Einfamilienhäuschen-Nachbarn in einen sportlichen Wettstreit treten würde, um mehr und noch mehr Panel-Quadratmeter. Wenn die Stadt Frauenfeld nicht nur Preise einheimsen, sondern auch welche verteilen würde, etwa den Solarpreis für herausragende private Eigeninitiative oder so. Genau dann hat die Stadt Frauenfeld das Label 'Energistadt' noch viel mehr verdient als jetzt schon.

Und die einen mögen nun sagen, dass gerade Photovoltaik zur Zeit noch äusserst ineffizient und unwirtschaftlich sei, die anderen würden darauf entgegennen, dass gerade damit noch riesiges Potenzial für die Zukunft möglich sei. Die dritten würden dann wohl sagen, dass Zahlen und Expertenmeinungen interpretierbar sind. Und Sepp Blatter würde 'Yes, we can' sagen und auf ein Finale zwischen Südafrika und der Schweiz hoffen. Soweit ist es noch nicht. Hoffen dürfen wir trotzdem und Mut zeigen, obwohl das, nüchtern betrachtet, keine geläufige Arbeitstechnik in der Politarbeit ist.

Die Fraktion SP/Gewerkschaftsbund sagt deshalb grossmehrheitlich Ja zur Initiative und auch Ja zum Gegenvorschlag. Den GPK-Anträgen auf dem 'lachsfarbenen' Papier stimmt sie ebenso zu wie den Anträgen 1 und 4 des Stadtrats."

**Gemeinderat Jürg Joss:** "Ich spreche in eigenem Namen.

Erinnern Sie sich an die Jahre 1987, 1990, 1993, 1996? In jenen Jahren nahm die Ingenieurschule Biel an der 'World Solar Challenge' teil, einem Rennen für Solarfahrzeuge, welches quer durch Australien, von Darwin nach Adelaide führte. Die Resultate des Schweizer Fahrzeuges waren mit den Rängen 3, 1, 2 und 2 beeindruckend. Das Schweizer Fernsehen berichtete regelmässig in der Tagesschau und in '10 vor 10', und es machte sich hierzulande so etwas wie Nationalstolz breit, ob der Erfolge. Das Gefährt, mehr eine 'Flunder' als ein 'Offroader', hiess 'Spirit of Biel/Bienne' und die verwendete Technologie weckte Zukunftshoffnungen.

Die Frauenfelder Solarinitiative will niemanden mit unbequemen Vehikeln in die Wüste schicken, denn die Solartechnologie ist mittlerweile ausgereift und geniesst in der Bevölkerung grosse Sympathien. Auch die Politik und selbst die Stromwirtschaft anerkennen die Technologie als festen Bestandteil der neuen Energieplanung.

Die Frauenfelder Solarinitiative will also, dass bis am 31. Dezember 2020 pro Einwohner 2m<sup>2</sup> Solarfläche in Betrieb sind. Um dies zu erreichen, will sie von der Stadt nicht einfach Geld, sondern in erster Linie Ideen, Initiative, Fantasie - 'Spirit' eben - 'Spirit of Frauenfeld'!

Die *grosse Enttäuschung* an der vorliegenden Botschaft des Stadtrates war für mich als Mitinitiant gerade die Tatsache, dass der Stadtrat das vorrangige Anliegen der Initiative schlicht ignoriert.

Der Initiativtext sagt nämlich: *In erster Linie* fördert die Stadt entsprechende Vorhaben von Privaten, Gewerbe und öffentlichen Institutionen aktiv durch Beratung und finanzielle Anreize. Kein Wort davon in der Botschaft des Stadtrats.

Der Stadtrat stellt die Gültigkeit der Initiative fest und meldet dann 'erhebliche Bedenken' an der Durchführbarkeit an. Ein 'Worst case' Szenario wird formuliert: Im Extremfall muss die Stadt 48'000m<sup>2</sup> Solarfläche selber erstellen und auch noch berappen.

Das 'Worst case'-Szenario wird sodann zum Normalfall erklärt, und es werden uns Investitionskosten von 90 bis 92,6 Millionen Franken vorgerechnet. Diese Berechnungen sind fehlerhaft und lassen wirtschaftliche, soziale und politische Rahmenbedingungen völlig ausser acht.

1. Bereits bestehende Solarflächen werden ignoriert.
2. Förderprogramme von Bund und Kanton werden ignoriert.
3. Das positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Umfeld, in dem Solartechnologie einen hohen Stellenwert und grosse Sympathien geniesst, wird ignoriert.
4. Die Tatsache, dass die Solartechnologie ein Wachstumsmarkt ist (50 % Zuwachs allein zwischen 2007 und 2009 in der Schweiz), wird ignoriert.
5. Dass Investitionen, die zu einem Grossteil dem lokalen Gewerbe zu gut kommen, auch Arbeitsplätze schaffen und Steuereinnahmen generieren, auch das wird ignoriert.

Im Weiteren führt der Stadtrat in seiner Botschaft eine Vielzahl von Gründen auf, warum er sich nicht auf die Initiative einlassen kann - oder dies eben nicht tun will. Die Argumentation folgt dabei oft dem Motto 'der Zweck heiligt die Mittel'.

Beispiel CO<sub>2</sub>-Emissionen. Auf Seite 11 stellt der Stadtrat fest: '*Zudem leistet Photovoltaik in der Schweiz keinen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Entlastung der Umwelt*'. Dass die solare Warmwasseraufbereitung aber sehr wohl tonnenweise CO<sub>2</sub>-Emissionen vermeidet, wird gleich im nächsten Abschnitt auf Seite 11 wohlweislich verschwiegen. Warum dafür Atomkraftwerke als 'Champions der CO<sub>2</sub> Sparer' auf Seite 9 gross herausgestrichen werden, bleibt rätselhaft. Vor allem deshalb, weil sie in der Schweiz keinen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Entlastung leisten - genau so wie die Photovoltaik, da die Schweiz ja kein Kohlekraftwerk betreibt.

Ein gewichtiges Argument des Stadtrates sind die *Anstrengungen zugunsten* erneuerbarer Energien, welche die Stadt bereits unternimmt. Wir kennen sie: Holzschnitzelheizung, Nahwärme, Kleinwasserkraft, Biogas. Man hat einen Energierichtplan mit Massnahmenkatalog, und wir sind Energiestadt. Zudem plant man eine 400m<sup>2</sup> Photovoltaikanlage und hat drei weitere Anlagen in den Finanzplan aufgenommen.

Die bestehenden Anstrengungen reichen jedoch nicht. Zumindest hier sind sich Initianten und Stadtrat einig. Der Stadtrat anerkennt die Notwendigkeit, erneuerbare Energien zu fördern und bekräftigt seinen Willen, sich hier verstärkt einzusetzen, indem er die Initiative nicht einfach zur Ablehnung empfiehlt, sondern einen Gegenvorschlag in Form eines Fonds vorschlägt. *1 Mio. Franken* - und ich sage dies ohne jede Ironie - *1 Mio. Franken*, das ist eine ansehnliche Summe. Mit einer Million Franken könnte man Anschubfinanzierungen für viele Projekte leisten, den Bau mancher Quadratmeter Solarfläche aufgleisen.

Leider knüpft der Stadtrat Bedingungen an die Verwendung des Fonds. Zum einen soll die Hälfte für stadt-eigene Projekte verwendet werden. Die Beispiele auf Seite 14 der Botschaft enthalten jedoch auch Projekte, die bereits bestehen, entweder im Programm Energiestadt oder im Energierichtplan.

Betrachtet man zudem die Summen, die die Stadt für Projekte der letzten Jahre auszugeben bereit war (Holzschnitzelheizung Alterszentrum Park, Kleinwasserkraftwerk Zeughausstrasse, projektierte Photovoltaikanlagen), so ist die halbe Million Franken für stadt-eigene Projekte zu relativieren.

Auch der Einbezug der Gebäudehüllensanierung steht ein bisschen quer in der Landschaft, werden doch solche Projekte bereits auf kantonaler Ebene gefördert. Die Förderung wird durch die eidgenössische CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffe gespiesen, weshalb hier zusätzliche finanzielle Mittel nicht soviel Sinn machen.

Fazit: Der Gegenvorschlag tönt zwar gut, ist aber in dieser Form der Solarinitiative ganz klar unterlegen.

Was der Gegenvorschlag auf alle Fälle nicht auslöst - und hier komme ich zurück zu meiner anfänglichen Irritation über die Botschaft - sind Ideen, Fantasie, Begeisterung. Was der Stadtrat vorschlägt, ist ein Fonds, der verwaltet werden will. Man wird etwas bewegen, aber man wird keine Zeichen setzen, keine Echos hören, kein Vorbild sein. Wir Initianten wollen aber mit der Initiative möglichst viele mit einbeziehen. Frauenfeld, *ganz Frauenfeld*, soll aufbrechen zu einem

Ziel, das heisst '2m<sup>2</sup> pro Einwohner'. Es ist keine Abenteuerfahrt in einer 'Flunder' von Darwin nach Adelaide - aber es braucht 'spirit'.

Zum Schluss: Im Tages Anzeiger vom 2. Juni 2010 fand ich den Artikel 'Bündner Bergdorf verbindet Lawinenschutz mit Sonnenenergie'. Die Gemeinde St. Antönien, 1420 Meter ü.M. gelegen, 360 Einwohner, zählt laut Bündner Regierung zu den 'potenzialarmen Räumen' des Kantons.

St. Antönien plant das grösste Solarkraftwerk der Schweiz. Die Panels werden an den Lawinenverbauungen montiert. 30'000 m<sup>2</sup>, Leistung von 3,5 Megawatt, grüner Strom für 1'200 Haushalte. Die Gemeindeversammlung hat einen Projektierungskredit von 80'000 Franken bewilligt. Weitere Investoren werden noch gesucht.

Das meine ich mit 'spirit' oder Vision, Ideen, Fantasie. Dieser 'spirit' ist auch die Grundidee hinter der Frauenfelder Solarinitiative.

Auch wenn die Botschaft des Stadtrats sagt 'Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg', sage ich 'Wir können das hier in Frauenfeld' oder ein bisschen populärer und neudeutsch 'Yes, we can!'

Ich bitte Sie daher alle eindringlich, um Ihre überzeugte Unterstützung für die Frauenfelder Solarinitiative. Vielen Dank."

Das Wort zum Eintreten wird seitens des Rates nicht mehr gewünscht. Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass Eintreten unbestritten und somit stillschweigend beschlossen ist.

## Materielle Beratung

**Gemeinderatspräsidentin Lisa Landert:** "Ich möchte beliebt machen, dass wir in der materiellen Beratung zuerst auf Inhalt von Initiative und Gegenvorschlag eingehen, anschliessend über die Anträge 1 bis 3 abstimmen - und erst danach über die Abstimmungsbotschaft mit allfälligen Änderungen diskutieren."

Gegen dieses Vorgehen werden seitens des Rates keine Einwände geltend gemacht.

**Gemeinderat René Gubler:** "Ich spreche im Namen der SVP/FDP/EDU-Fraktion. Nach kurzer Diskussion über die formellen und inhaltlichen Anforderungen kamen wir einstimmig zum Schluss, dass die Initiative für gültig erklärt werden soll.

Ebenfalls einstimmig sind wir aus folgenden zwei Gründen für Ablehnung der Solarinitiative: Erstens ist sie zu einseitig auf Sonnenenergie ausgerichtet und zweitens ist sie viel zu eng umschrieben.

Dies heisst aber auf keinen Fall, dass wir nicht auch die erneuerbaren Energien und das Energiesparen fördern wollen. In der Vergangenheit haben Stadt- und Gemeinderat bewiesen, dass ihnen die Energieversorgung ein echtes Anliegen ist. Dies ist in der stadträtlichen Botschaft auf den Seiten 6 bis 8 ausführlich beschrieben.

Die Schaffung eines Fonds, also der stadträtliche Gegenvorschlag, sehen wir als einen gangbaren Weg. Jährlich 1 Mio. Franken für erneuerbare Energie auszugeben ist sehr viel Geld. Damit strebt der Stadtrat eine 'vergleichbare Wirkung' und für uns eine bessere Lösung an. Die Finanzierung ist gesichert und transparent.

Die eine Hälfte wird für stadt-eigene Projekte investiert. Die andere Hälfte ist aufgeteilt. So wird mit 300'000 Franken die Gebäudehüllensanierung unterstützt. Und mit je 100'000 Franken die thermischen Sonnenkollektoren und Solarstromanlagen gefördert. Dabei wird der administrative Aufwand sehr niedrig gehalten, da die Fördermassnahmen an die Förderkriterien des Kantons angebunden werden.

Die Einzelheiten werden sodann in einem gemeinderätlichen Reglement festgelegt.

Mit diesem Gegenvorschlag wird die Stossrichtung der Initiative aufgenommen und in einem Grossteil der gesteckten Ziele (CO<sub>2</sub>-Reduktion, Förderung einheimisches Gewerbe, individuelle Förderung) mit einem wesentlich effizienterem Mitteleinsatz erreicht.

Darum ist unsere Fraktion einstimmig für den Gegenvorschlag."

**Gemeinderätin Mirjam Laubi:** "Ich spreche für die Fraktion CH/Grüne und wie angekündigt, stellt unsere Fraktion zwei Änderungsanträge.

### **Antrag 1**

a) In der gelben Botschaft des Stadtrates auf Seite 14 sowie in der roten Abstimmungsbotschaft auf Seite 3 sei der ganze folgende Absatz zu streichen:

*'Die eine Hälfte des Fonds wird für die Erstellung von Photovoltaik- und Solarwärmeanlagen auf stadteigenen Gebäuden, die energetische Optimierung der stadteigenen Liegenschaften sowie den Bau von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung anderer erneuerbarer Energien (Abwasserwärmenutzung, Wärmepumpen, Wasser- und Biogaskraftwerke, Schnitzel- und Pelletheizungen, Blockheizkraftwerke, Brennstoffzellen etc.) verwendet.'*

b) Im folgenden Abschnitt sei "die andere Hälfte des Fonds" zu ersetzen durch "der Fond".

c) Ebenfalls zu streichen sei die *Limitierung der Frankenbeiträge bei thermischen Sonnenkollektoranlagen und Solarstromanlagen.*

**Begründung:**

Wir begrüßen grundsätzlich die Tatsache, dass die Initiative nicht pauschal abgelehnt wird, sondern ein konstruktiver Gegenvorschlag vorgelegt wird. Der Stadtrat anerkennt in seiner Botschaft ausdrücklich die positive Stossrichtung der Initiative, die erneuerbare Energien fördern will.

Andererseits kritisiert der Stadtrat die zu starre Zielvorgabe und damit die Gefahr, mit grossen Kosten konfrontiert zu werden. Der Stadtrat erklärt, mit seinem Gegenvorschlag beiden Aspekten Rechnung zu tragen. Mit der Bereitstellung des Fonds verpflichtet sich der Stadtrat der Förderung von erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz, indem Gelder für Gebäudehüllensanierungen sowie thermische und photovoltaische Solaranlagen bereitgestellt werden sollen. Der Fonds soll jährlich mit 1 Million Franken dotiert werden, wovon die eine Hälfte für stadteigene, die andere Hälfte für private Projekte verwendet werden soll.

Die Solarinitiative stellt zwei Hauptpunkte in den Vordergrund, nämlich die Möglichkeit, dass sich die *ganze Bevölkerung* in diesem Bereich engagieren kann und die Stadt in *allen Bereichen* auf dieses Ziel hinarbeitet, nicht nur mit finanziellen Anreizen und eigenen Anlagen.

Wir beurteilen vor allem die von der Stadt erstellten Anlagen kritisch, denn sie kosten substantiell mehr als Anschubfinanzierungen für Private und sind darum weniger effizient. Zudem finden sich unter den stadteigenen Projekten Ausgaben, die bereits anderswo definiert sind. Beispiel: Die energetische Optimierung der stadteigenen Liegenschaften ist Teil des Programms 'Energistadt' und ist bereits in Angriff genommen.

Schliesslich kommt dazu, dass der Fondsanteil von einer halben Million Franken für die Erstellung von Photovoltaik- und Solarwärmeanlagen auf stadteigenen Gebäuden sowie den Bau von Anlagen zu Erzeugung und Nutzung anderer erneuerbaren Energien nicht einmal ausgereicht hätte, die Projekte der vergangenen drei Jahren zu finanzieren. Es seien hier erwähnt:

- die Holzschnitzelheizung im Alterszentrum Park mit 1,3 Mio. Franken;
- das Wasserkraftwerk Zeughausstrasse mit 2,1 Mio. Franken;
- das mittlerweile abgebrochene Biogasprojekt in der ARA mit über 1,4 Mio. Franken;
- die im Budget 2010 und im Finanzplan enthaltenen Etappen der Photovoltaikanlagen mit je zirka 0,4 Mio. Franken.

Deshalb sind wir der Meinung, dass der Fonds nicht für stadteigene Projekte verwendet werden soll. Nur so wird das zusätzliche Engagement der Stadt, und damit auch der Gegenvorschlag, glaubwürdig. Weiter würde auch die Streichung der Limitierung für thermische Sonnenkollektor-Anlagen und Solarstromanlagen den Verwaltern des Fonds mehr Flexibilität erlauben.

Dafür sind wir im Gegenzug bereit, einen Fonds zu akzeptieren, obwohl die Initiative eine viel breitere Tätigkeitspalette der Stadt verlangt. Wir bauen aber darauf, dass mit dem neuen Energieberater die längst fällige Revision des Energierichtplans nun an die Hand genommen wird und diesbezüglich bald Konzepte sowie konkrete Massnahmen ausgearbeitet werden.

Wir bitten Sie, dem Änderungsantrag im Sinne eines echten und glaubwürdigen Gegenvorschlags zuzustimmen.

### **Antrag 2:**

Der Antrag 2 ist eher formeller Natur und will, dass der Initiativtext am Anfang der Botschaft steht, und nicht erst auf Seite 7. Er lautet:

- a.) Der zweite Satz der Botschaft auf Seite 2 sei wie folgt zu ändern: *Die Initiative wurde am 26. Juni 2009 mit 860 gültigen Unterschriften von einem Komitee, bestehend aus Gemeinderat Jürg Joss, Gemeinderat Christian Schmid und Kantonsrat Thomas Böhni mit folgendem Wortlaut eingereicht.*
- b.) Daran soll anschliessend der *Initiativtext eingefügt* werden.
- c.) Der letzte Titel auf Seite 7 sei der Schlüssigkeit wegen zu ändern in *Auswirkungen der Initiative auf die Stadt Frauenfeld.*

### **Begründung:**

Die Volksabstimmung ist der Abschluss eines demokratischen Verfahrens, an dessen Anfang die Solarinitiative stand. Diese Reihenfolge soll auch in der Abstimmungsbotschaft abgebildet werden, das heisst die Stimmbürgerinnen und -bürger sollen sich nicht erst durch fünf Seiten stadträtlicher Darstellungen durchlesen müssen, bis sie zum Kern des Anliegens vordringen. Da der Initiativtext kurz ist, passt er sehr wohl zum Titel 'Die Vorlage in Kürze'.

Wir bitten Sie, auch diesen Antrag anzunehmen. Besten Dank.

**Gemeinderatspräsidentin Lisa Landert:** "Wenn ich das kurz zusammenfassen darf, dann bezieht sich Antrag 1 nicht auf die Abstimmungsbotschaft, sondern auf den Inhalt des stadträtlichen Gegenvorschlags auf Seite 14 der gelben Botschaft an den Gemeinderat. Und zwar bezieht sich der Antrag 1a) und b) auf den zweitletzten und letzten Absatz. Antrag 1c) bezieht sich auf den ersten Absatz auf Seite 15, oben, der gemeinderätlichen Botschaft. Ein entsprechender Antrag ist auch im denjenigen der Fraktion CVP/EVP enthalten."

Die **Ratspräsidentin** macht beliebt, dass der Antrag 1a) und b), der von der Fraktion CH/Grüne eingereicht wurde, vom Teil des Antrages 1c) abgetrennt wird, weil dieser gleichwertig ist mit dem Antrag der Fraktion CVP/EVP.

Gegen dieses Abstimmungsverfahren werden seitens des Rates keine Einwände erhoben.

Bevor zur Abstimmung geschritten werden kann, möchte noch Gemeinderat Christian Schmid das Wort ergreifen.

**Gemeinderat Christian Schmid:** "Ich spreche in eigenem Namen zum vorliegenden Geschäft. Als Mitinitiant der Solarinitiative möchte ich Stellung nehmen zu den Gegenvorschlägen des Stadtrates und dem soeben vorgetragenen der Fraktion CH/Grüne.

Die Solarinitiative hat zwei Kernanliegen:

Zum einen die Anwendungen der Solarenergie der *ganzen* Bevölkerung zugänglich zu machen, insbesondere auch Mietern und Stockwerkeigentümern, die unter Umständen nicht selber investieren können, weil ihre Vermieter bzw. Miteigentümer dies nicht ermöglichen.

Zum anderen möchte die Initiative mit einer *klaren Zielvorgabe im Bereich Solarenergie* die Stadt und ihre Werkbetriebe zu einer Kursänderung bewegen, weg von einer reinen Verkaufsorganisation hin zu einem kompetenten Partner für Energieberatung, -koordination und -unterstützung von Privaten und Betrieben.

Der Gegenvorschlag des Stadtrates erfüllt keine dieser beiden Kernanliegen der Initiative auch nur annähernd und ist unserer Meinung nach mut- und fantasielos.

Die vom geplanten Fonds definierten 200'000 Franken Unterstützungsgelder pro Jahr für Solaranlagen Privater werden nur Einfamilienheimbesitzern zu Gute kommen, die eigene Dachflächen haben. Den anderen wird es verwehrt bleiben, da keine beratende und koordinierende Unterstützung durch die Stadt vorgesehen ist. Die 500'000 Franken, die für Projekte der Stadt vorgesehen sind, kommen nicht direkt der Bevölkerung zu gut und sind im Verhältnis zu den Anschubfinanzierungen, die bei privaten Projekten nötig wären, massiv teurer, denn die Stadt muss ja alles selber zahlen. Und darum ist unserer Meinung nach diese Möglichkeit nicht effizient.

Wir können viel mehr Projekte machen, wenn wir eben nun mit Anschubfinanzierungen arbeiten.

Das ist unserer Ansicht nach alles in allem einfach zu wenig. Wir haben für unser Anliegen deutlich mehr als die nötigen 700 Unterschriften in nur zwei Monaten gesammelt. Wenn man die Liste der Unterzeichnenden durchgeht, dann gibt es viele prominente aktive und ehemalige Leute aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik, die da unterschrieben haben. Wir stehen also in der Pflicht gegenüber unseren 860 Mitunterzeichnenden und erheben daher auch Anspruch auf einen Gegenvorschlag, der den Forderungen der Initiative nahe kommen.

Wir sind uns aber auch bewusst und sind auch nicht stur und wollen einfach an unserer Initiative festhalten. Wir sind bereit, Kompromisse einzugehen, wie es in der Politik auch üblich ist, um wenigstens substantielle Teilziele zu erreichen. Das Initiativkomitee steht darum der Idee eines Fonds nicht grundsätzlich negativ gegenüber. Wir fordern aber, dass die darin enthaltenen Gelder vollumfänglich Privaten zu Gute kommen, ohne Einschluss von städtischen Projekten. Ebenfalls wollen wir im Sinne einer flexiblen Handhabung keine Limiten für thermische Sonnenkollektoranlagen und Photovoltaik-Solaranlagen setzen.

Und schliesslich - und das ist zwar nicht dringend - setzen wir darauf, dass der Stadtrat umgehend die Revision des Energierichtplans in Angriff nimmt, damit wir endlich auch dort Fortschritte erzielen.

Der Gegenvorschlag der Fraktion CH/Grüne würde unsere Forderungen erfüllen. Sollte dieser mit grosser Mehrheit angenommen werden, werden wir uns vom Initiativkomitee ernsthaft überlegen, unsere Initiative zurückzuziehen."

**Stadtammann Carlo Parolari:** "Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, ich bitte Sie namens des Stadtrates diesen Antrag Laubi abzulehnen. Um es nochmals klar zu machen, der Antrag hat an sich zwei Teile. Der eine Teil betrifft die halbe Million Franken für stadteigene Projekte. Der Antrag geht dahin, dass die ganze Million Franken für private Förderungen ausgegeben und nicht eine halbe Million Franken für die Förderung von stadteigenen Projekten verwendet werden sollen. Das ist für mich eine 'Fünfer und Weggli-Politik':

Ich kann diesen Antrag auch nicht ganz nachvollziehen, wenn ich Ihren eigenen Initiativtext lese, meine Damen und Herren. Im letzten Abschnitt schreiben Sie: 'Daneben erstellt die Stadt eigene Photovoltaikanlagen und nutzt soweit möglich solare Wärmezeugung in städtischen Liegenschaften'. Wir haben nichts anderes gemacht, als ihren Initiativtext auf unsere Verhältnisse bzw. unseren Vorschlag umzumünzen. Ich sehe da einen Widerspruch zwischen Ihrer Initiative und Ihrem eigenen Abänderungsantrag. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen."

**Gemeinderat Christian Schmid:** "Meine Damen und Herren, ich widerspreche dem Stadtammann nur ungern, aber ich bin sicher, er wird sich das Recht am Schluss wieder zurückholen. Kompromisse haben es an sich, dass vielleicht nicht alles darin enthalten ist, was man gerne will. Und so ist es auch vorliegend. Wir mussten uns entscheiden, gewisse Dinge fallen zu lassen. Was wir für wirklich wichtig erachten, dass wollen wir drin haben. Darum ist es eben so, dass für uns die stadteigenen Projekte rausfallen. Danke."

Nachdem die Diskussion zu den Anträgen Laubi erschöpft ist, schreitet die **Ratspräsidentin** zur Abstimmung.

**Abstimmung Antrag Laubi 1a) und b):** Der Antrag 1a) und b) von Gemeinderätin Mirjam Laubi wird mit 14 Ja- gegen 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Nachdem Gemeinderätin Mirjam Laubi ihren Antrag 1c) noch einmal wiederholt hat, trägt auch **Gemeinderat Christoph Regli** namens der CVP/EVP-Fraktion seinen gleichwertigen Antrag noch einmal vor: "Die Fraktion CH/Grüne sind dafür, dass gar keine Limiten festgesetzt werden. Wir von der CVP/EVP-Fraktion sind dafür, dass die Gebäudehüllensanierungen auf maximal 60 % des zur Verfügung stehenden Geldes fixiert werden sollen. Wir wollen heute und hier verhindern, dass mehr Geld schlussendlich in die Gebäudehüllensanierungen investiert werden kann oder soll als jetzt zur Diskussion steht.

Der Antrag lautet entsprechend:

*'Die andere Hälfte des Fonds steht zu maximal 60 % für die Förderung von Gebäudehüllensanierungen und darüber hinaus für Projekte von Wirtschaft und anderen Privateigentümern zur Verfügung. Die Förderbeiträge werden nur für solche Projekte gesprochen, die über eine Kostenzusage des Kantons verfügen. Die restlichen Teile werden gestrichen'.*"

Die **Ratpräsidentin** hält fest, dass es sich vorliegend um zwei gleichwertige Anträge handelt, so dass gemäss Art. 51 Abs. 2 des Geschäftsreglements des Gemeinderates wie folgt abzustimmen ist: Gleichwertige Anträge werden der Abstimmung in der Reihenfolge ihres Eingangs unterbreitet. Ein Mitglied kann nur für einen Antrag stimmen.

**Stadtammann Carlo Parolari:** "Meine Damen und Herren, ich bitte Sie Namens des Stadtrates beide Anträge abzulehnen. Beim Antrag der CPV/EVP könnte ich mich noch damit anfreunden - mit den maximalen 60 %. Das entspricht den 300'000 Franken, die wir selber aufgeschrieben und als ungefähren Rahmen bezeichnet haben. Auf der anderen Seite wollen Sie nachher überhaupt nichts mehr regeln und sagen, aus dem gesamten Förderungskatalogs des Kantons könnten dann die restlichen 200'000 Franken verwendet werden. Da sind wir im Stadtrat dezidiert anderer Meinung.

Wir wollten im Sinne der Initiative explizit die Solarenergie fördern und haben deshalb gewisse Projekte, die im Kanton gefördert werden, bei uns weggestrichen und uns auf drei Schwerpunkte konzentriert, nämlich auf die Gebäudehüllensanierung - das effizienteste -, daneben aber eben auch auf die thermischen Sonnenkollektor- und Photovoltaikanlagen, also an sich die Stossrichtung der Initiative. Und wir wollen nur diese drei Kategorien unterstützen und nicht daneben alles andere noch - da verzetteln wir uns! Ich bitte Sie, im Sinne einer Schwerpunktbildung den Antrag der CVP/EVP abzulehnen, ebenso den Antrag CH/Grüne. Diese fixe Aufteilung haben wir uns nicht einfach aus den Fingern gesogen, meine Damen und Herren. Diese Aufteilung 300, 100, 100 das entspricht an sich auch der Effizienz der Förderbeiträge und des bisherigen Förderumfangs. Wir haben diese drei Kategorien genau deshalb so festgelegt, damit Sie uns nicht vorwerfen können, wir wollen 'Wischiwaschi' machen oder uns nicht festlegen. Ich bitte Sie also, beide Anträge abzulehnen.

Zur Klarheit wiederholt die **Ratspräsidentin** noch einmal die beiden Anträge von Gemeinderätin Mirjam Laubi und Gemeinderat Christoph Regli.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr zu den beiden Anträgen aus dem Rat vorliegen, schreitet die **Ratspräsidentin** zur Abstimmung und stellt diese einander gegenüber. Jedes Ratsmitglied kann sich nur für einen Antrag entscheiden.

Da das Abstimmungsprozedere etwas verwirrt abläuft, stellt **Gemeinderat Peter Hausmann** folgenden Ordnungsantrag: "Ich stelle Ihnen den Antrag, dass so abgestimmt wird, wie es die Präsidentin zuerst vorgeschlagen hat. Es werden zuerst die Anträge Regli und Laubi einander gegenübergestellt. Der obsiegende Antrag wird nachher der Botschaft gegenübergestellt."

**Abstimmung Antrag 1c) Mirjam Laubi:** 11 Ja-Stimmen

**Abstimmung Antrag Christoph Regli:** 6 Ja-Stimmen

Somit obsiegt der Antrag 1c) von Gemeinderätin Mirjam Laubi gegenüber dem Antrag von Gemeinderat Christoph Regli.

Die **Ratspräsidentin** möchte nun den Antrag 3 des Stadtrates in der gemeinderätlichen Botschaft der Änderung gemäss Antrag 1c) von Gemeinderätin Laubi gegenüberstellen.

**Gemeinderat Christoph Regli** verlangt das Wort: "Nach meinem Rechtsempfinden müsste nun der Antrag 1c) von Gemeinderätin Mirjam Laubi dem entsprechenden Text in der Botschaft gegenübergestellt werden. Das ist meine Meinung."

Die **Ratspräsidentin** stellt somit den Antrag 1c) von Gemeinderätin Mirjam Laubi dem letzten Absatz auf Seite 14 der Botschaft Nr. 188 vom 11. Mai 2010 des Stadtrates an den Gemeinderat und der Zahlenauflistung auf Seite 15, oben, einander zur Abstimmung gegenüber.

**Abstimmung Antrag 1c) Laubi:** 15 Ja-Stimmen

**Antrag unveränderter Text  
gemäss Seite 14 unten / 15 oben Botschaft:** 17 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass der Antrag gemäss Text auf den Seiten 14, unten, und 15, oben, der Botschaft des Stadtrates an den Gemeinderat gegenüber dem Antrag 1c) von Gemeinderätin Mirjam Laubi obsiegt hat.

**Gemeinderat Urs Herzog:**

## 1. Finanzielle Überlegungen

"Die Initiative löst gemäss ursprünglichem Initiativtext eine Investition von 100 Mio. Franken aus, gemäss Berechnung der Stadt 90 bis 92,6 Mio. Franken oder pro Person 3'804 Franken. Das ergibt für einen 3-Personenhaushalt 11'412 Franken.

Ich beleuchte jetzt zwei extreme Beispiele. Wenn alle Kosten durch die Allgemeinheit aufgebracht werden müssten, ich meine damit durch Stadt, Kanton, Bund, etc., dann sind das 26 % der Steuern von der Stadt Frauenfeld pro Jahr in den nächsten zehn Jahren - satte zusätzliche 26 % Kosten!

Wenn keine Zahlungen von diesen Seiten kommen und alle Kosten privat bezahlt werden müssten, ergibt das bei einer Lebensdauer der Solarflächen gemäss Mieterverband von 20 Jahren pro Jahr 190 Franken pro Person. Wenn man einen Haushalt mit drei Personen nimmt, ergibt das eine minimale Mietzinserhöhung von mehr als 50 Franken pro Monat! Dabei ist der Unterhalt und die Verzinsung noch nicht einmal eingerechnet.

Die Wirklichkeit liegt irgendwo zwischen diesen zwei extremen Beispielen, je nachdem wie viele 'Subventionszahlungen' von EW, Stadt, Kanton und Bund fließen. Wollen wir das wirklich?

## **2. Ist es die richtige Stossrichtung?**

### ***Bemerkungen zur Solarwärme:***

Es ist mir aufgefallen, dass die Stadt in ihrer Botschaft mit Angaben des Bundesamtes für Energie den Ertrag der Solarwärme relativ grosszügig mit 480 bis 620 kWh pro Jahr angibt. Wenn nachgefragt wird, wie diese Ertragszahlen entstanden sind, bekommt man die Antwort: 'Auf dem Dauerprüfstand in Rapperswil sind das die Laborwerte'. Ich persönlich habe meine Anlage mit Frauenfelder Sonne gemessen und von einer spezialisierten Solarfirma nachrechnen lassen. Die Theorie und die Wirklichkeit bei meiner Anlage stimmen bei mir überein und kommen auf einen maximalen Ertrag von 339 kWh/m<sup>2</sup>/Jahr. Vermutlich bin ich tiefer im Ertrag, weil ich mich im Sommer weigere, alle 15 Minuten warm zu duschen, nur um die Überschussenergie abzubauen.

### ***Bemerkungen zu Photovoltaik:***

Für Solaranlagen für ein Einfamilienhaus liegen mir aktuelle Offerten von Profis auf dem Tisch. Keine Offerte ist schlüsselfertig billiger als 1'000 Franken/m<sup>2</sup>. Der angegebene durchschnittliche Ertrag stimmt. Die Gross-Anlage auf der Berufsschule Frauenfeld leistete am Schluss im letzten Jahr nach 20 Jahren Lebensdauer noch knappe 79 kWh/m<sup>2</sup>, also 35 % weniger als in neuem Zustand.

Alle nachfolgenden Angaben wurden mit den Erstellungskosten von 90 Mio. Franken berechnet, *ohne Unterhalt und Verzinsung und ohne Beeinflussung von irgendwelchen Subventionen, mit einer Lebensdauer, die der Mieterverband vorgibt.*

Eine Photovoltaikanlage erzeugt in ihrem Leben eine Energiemenge von 180 Mio. kWh. = 100 %. Bei dieser Berechnung habe ich die Kosten gemäss Botschaft eingesetzt und komme damit auf Fr. 0.50/kWh. Wenn ich die Kosten der Solarstrom Thurgau von Fr. 0.75/kWh für Solarstrom einsetzen würde, wäre der Vergleich noch viel extremer! Der Ertrag käme dann nur auf 120 Mio. kWh. Der Vergleich wäre damit noch 33 % schlechter!

Mit den gleichen Kosten erzeugt eine Solarkollektorenanlage (Warmwasser) in ihrer Lebensdauer 245 Mio. kWh. = 136 %, also 36 % besser als eine Investition in eine Photovoltaikanlage.

Beim Ersatz von Fenstern mit Doppelverglasungen gegen moderne Fenster resultiert mit der gleichen Investition eine Ersparnis von 269 Mio. kWh = 150 %, also bereits 50 % besser.

Und beim Vergleich mit einer entsprechenden nachträglichen Kompaktfassade können Ersparnisse zwischen 392 und 891 Mio. kWh = 218 % bzw. 495 % erreicht werden, wobei die erste Zahl von einer bestehenden Isolation von 60mm (Baujahr ca. 1985) und die zweite Zahl von einer vollen Hauswand (Baujahr ca. 1960) ausgeht - also ein doppelter bis fünffacher Nutzen gegenüber einer Photovoltaikanlage!

Somit ist eine Photovoltaikanlage die mit Abstand teuerste Investition mit dem kleinsten Nutzen pro investierten Franken.

### **3. Weitere Gedanken dazu**

Auch die Problematik der Energieerzeugung zur falschen Jahreszeit ist nicht gelöst. Genau in den Wintermonaten, wenn die Solarproduktionen am kleinsten sind, brauchen die gelobten Wärmepumpen am meisten Energie und halfen mit, im Winter 2009 ein Stromloch von 20 % zu erzeugen, das letztes Jahr vom Ausland her gedeckt werden musste. Die Stromversorgungssicherheit im Winter lässt grüssen und wir müssen uns fragen, wann kommt der nächste Black-out im Winter? In den Sommermonaten Mai bis August 2009 hatten wir dafür einen Stromüberschuss von über 20 %.

Folgende Überlegung ist noch hängig: Wenn wir als Beispiel ein 'Nullenergiehaus' nehmen, das gleichviel Strom im Jahr produziert, wie es braucht, hat es bei gleichen Stromkosten eine Nullstromrechnung, obwohl das Netz der übrigen Strombenützer zweimal benützt wurde, einmal hin und einmal zurück und erst noch zur falschen Jahreszeit. Gerechterweise müsste diese Leistung vom EW plus die 'Reinigung' des Solarstromes für die Glättung der gezackten Sinuskurve verrechnet werden. Alle andern Bürger von Frauenfeld bezahlen für die Benützung des Stromnetzes, nur der Solarstrom zweimal nicht.

Alle Argumente der Solarinitiative mit Reduktion von CO<sub>2</sub>-Ausstoss, Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, Schaffung von Aufträgen und Arbeitsplätzen für das einheimische Gewerbe ist mit einer Investition in eine Aussenwärmedämmung um ein vielfaches besser. Es müssen nur alle am richtigen Ort mitmachen.

Die Initianten haben auch die gesamten Gebäudegrundrissflächen mit 139 Hektaren der Stadt Frauenfeld angegeben und wünschen davon 4 % für Solarflächen. Wenn man den gesamten Stromverbrauch von Frauenfeld Solar erzeugen wollte, wären alle Gebäudegrundrissflächen nötig. Alle 20 Jahre wären dann Investitionen von 1,39 Mrd. Franken nötig oder rund 70 Mio. Franken jährlich, um diese Versorgungsform aufrecht erhalten zu können und das jetzige Netz wäre dann völlig überfordert.

In der Werbung wird die Solarenergie als kostenlos angegeben, nur die Investitionen müssen bezahlt werden. Diese Augenwischerei kommt mir dann immer so vor, wie wenn ein Restaurant ein Steak gratis anbietet und für das Gemüse sowie die Beilage dafür ein Horrorpreis verlangt wird.

**Zum Schluss noch eine allgemeine Energiebetrachtung:**

Wir alle hier im Saal verbrauchen gemäss Energieflussdiagramm durchschnittlich in der Schweiz 29 % für die Haushalte, 20 % für die Industrie, 16 % für die Dienstleistungen und 35 % für den Verkehr. Ich bin der Meinung, dass auch im Verkehr noch ein viel grösseres Sparpotential drin liegt. Welcher private PW verbraucht schon einen Liter Treibstoff pro bewegte Tonne wie ein Lastwagen?

Ich finde, der Gegenvorschlag der Stadt geht in die richtige Richtung und berücksichtigt einen optimalen Einsatz der Steuergelder. Ich glaube kaum, dass jemand an einer grosszügigen Steuererhöhung oder erzwungenen Mietzinserhöhung Freude hätte. Ich lehne die Volksinitiative '2 m<sup>2</sup> Solarfläche pro Einwohner' ab und unterstütze den Gegenvorschlag der Stadt."

**Stadtammann Carlo Parolari:** "Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich danke Ihnen namens des Stadtrates für die sehr engagierte und auch sachliche Diskussion in diesem doch emotionsgeladenen Thema. Dass der Stadtrat bei den Initianten und ihren Sympathisanten keine Begeisterung auslöst, wenn er der Initiative einen fundierten Gegenvorschlag gegenüberstellt, war klar und zu erwarten. Aber Gemeinderat Oettli, wir sind nicht mutlos und Gemeinderat Joss, wir sind auch nicht fantasielos. Der Stadtrat ist im Gegenteil realistisch.

Ich möchte noch kurz auf ein Votum von Gemeinderat Oettli in seinem Eintretensvotum eingehen. Er hat einen Artikel zu dieser Energieinitiative in München zitiert. Mir ist dieser Artikel auch bekannt, aber man muss alles genau lesen, bzw. auch genau sagen. Es steht nämlich auch drin, dass bei Realisierung dieses Projektes gerade mal 3,5 % des Gesamtenergievolumens von München aus Photovoltaik erzielt werden könnten. Also genau die selbe Zahl, die wir auch errechnet haben. Der Rest wird dann in Windparks in der Nordsee oder über Grosssolaranlagen in Spanien bezogen, um auf diese Zahlen zu kommen. München soll 450 Mio. Euro investieren, auf der anderen Seite dann aber 500 Mio. Euro aus der EU dafür erhalten - für mich ist das ein volkswirtschaftlicher Blödsinn!

Meine Damen und Herren, ich sage es nochmals in aller Klarheit, der Stadtrat begrüsst die Stossrichtung der Initiative. Sie bezweckt die Förderung der erneuerbaren Energien mit dem Ziel, die CO<sub>2</sub>-Ausstösse zu senken. Der Stadtrat ist jedoch klar der Ansicht, dass die geforderten 2m<sup>2</sup> Solarfläche pro Einwohner das falsche Mittel darstellen, um dieses Ziel zu erreichen. Denn mit sehr viel weniger Geld könnte viel mehr in Bezug auf die Förderung von erneuerbaren Energien erreicht werden. Deshalb hat der Stadtrat einen Gegenvorschlag von ausgewiesenen Fachleuten ausarbeiten lassen. Ich verzichte darauf, die Überlegungen und Motive des Stadtrates in extenso nochmals darzulegen. Wir haben das in einer sehr ausführlichen Botschaft an sie gemacht.

Ich möchte Sie aber namens des Stadtrates zu mehr Sachlichkeit in der Energiediskussion aufrufen. In der Umwelt- und Energiepolitik gilt heute 'erneuerbar gleich gut', 'fossil gleich schlecht'. Erneuerbare Energien sind Wasser, Biomasse, Solar-, Wind- und Geothermie. Dass diese Schwarz-Weiss-Malerei leider nur in der Theorie richtig ist, will ich Ihnen kurz aufzeigen. Selbstverständlich wäre es wünschenswert, wenn wir auf Atomstrom, auf Erdöl, Benzin und Erdgas verzichten sowie alle benötigte Energie und auch den wachsenden Bedarf mit Strom aus Kleinwasserkraftwerken, Photovoltaik, Windanlagen und mit Gas aus Biomasse produzieren könnten. Das ist aber schlicht und einfach eine Utopie! Das Ziel des Bundes, mit Biomasse oder Solar-, Wind- und Geothermie bis ins Jahr 2030 rund 8 % des Energiebedarfs - heute sind es

gerade mal 2 % - zu decken, wird als äusserst ambitiös eingestuft. Erschwerend kommt hinzu, dass erneuerbare Energien zwar allgemein eine hohe Akzeptanz haben, aber im konkreten Fall häufig auf Widerstand stossen. Denken Sie an die Erdbebengefahr bei Geothermie, an die Geruchsimmissionen bei Vergärungsanlagen oder die Verunstaltung der Natur durch Windparks. Am wenigsten Widerstand gibt es - das sei zugegeben - bei Photovoltaik, zumindest wenn es nicht um dezentrale Grossanlagen geht, sondern um Kleinanlagen. Doch ist eben diese ausgerechnet die mit Abstand teuerste und ineffizienteste Produktionsart, und sie wirkt vor allem in der wärmeren Jahreszeit. Wir haben diese Ineffizienz in der Botschaft aufgezeigt und es wurde von einigen Votanten, insbesondere von Gemeinderat Herzog, bestätigt. Wir werden also auch in Zukunft mit einem Strom-Mix leben müssen, und genau dies will der Stadtrat fördern. Er will einen breiten und effizienten Energiefächer sowie einen Ausbau der erneuerbaren Energien, aber nicht starr fokussiert auf die ineffizienteste Art und Weise, nämlich die Solarenergie.

Der Stadtrat hat seinen Überlegungen zwei Grundsätze zu Grunde gelegt:

1. Unsere Umwelt ist uns zu wichtig, als dass wir diese unbedacht und uneingeschränkt beeinträchtigen dürfen. Wir tun gut daran, unseren Energieverbrauch immer wieder zu hinterfragen. Die Verbesserungen in der Wärmedämmung der Gebäude und die Erhöhung des Wirkungsgrades von Geräten, Fahrzeugen und technischen Anlagen, kommen uns hier entgegen. Wir müssen sie aber nutzen.
2. Energie ist für unser Leben zu wichtig, als dass wir die Umweltpolitik und Energiepolitik Umweltromantikern, Fantasten sowie ideologischen Eiferern überlassen dürfen. Wo immer sich Gelegenheit bietet, sollten wir uns dafür einsetzen, dass in der Energiepolitik mehr Sachlichkeit und weniger Ideologie sowie Interessenwahrung den Ton angeben.

Mit Bezug auf die Frauenfelder Solarinitiative heisst diese Sachlichkeit aber eben auch, dass selbst mit 2m<sup>2</sup> Solarfläche pro Einwohner lediglich 3,4 % des Frauenfelder Stromverbrauchs erzeugt werden könnten, wenn alles in Photovoltaik umgesetzt würde. Und dies zu einem horrenden Preis, Gemeinderat Herzog hat Ihnen das aufgezeigt. Unsachlich und nach meiner persönlichen Beurteilung auch unehrlich ist es, wenn behauptet wird, Frauenfeld könne in absehbarer Zeit vollständig aus erneuerbaren Energiequellen versorgt werden. Bedenken Sie bitte auch, dass Photovoltaik eine zufallsabhängige und somit nicht permanent verfügbare Energieform ist, weshalb für die installierte photovoltaische Leistung immer eine gleichgrosse Leistung in einer zuschaltbaren Form - einer sogenannten Regelenergie - installiert und zur Verfügung gestellt werden muss. Man kann also nicht Kernenergie oder den bestehenden Energie-Mix durch die Photovoltaik ersetzen.

Meine Damen und Herren, der Stadtrat will auch in Zukunft eine moderne Energiepolitik gestalten und sich daher nicht einseitig auf die Nutzung von Solarenergie beschränken, wie dies die Initiative fordert. Bei einer Annahme der Initiative würden nämlich grosse finanzielle Mittel blockiert, die effizienter eingesetzt werden und einen direkten sowie spürbaren Beitrag an die CO<sub>2</sub>-Entlastungen leisten können. Der Stadtrat fühlt sich verpflichtet, die Steuergelder effizienter einzusetzen, als dies die Initiative will. Ich bitte Sie namens des Stadtrates, die Initiative, die heute Abend vom GPK-Sprecher mehrmals als 'sexy' bezeichnet worden ist, abzulehnen und dem ausgereiften Gegenvorschlag des Stadtrates zuzustimmen."

Seitens des Rates wird kein Rückkommen auf die Anträge 1 bis 3 der Botschaft Nr. 188 vom 11. Mai 2010 des Stadtrates an den Gemeinderat verlangt, so dass die **Ratspräsidentin** zu den entsprechenden Abstimmungen übergeht. Über die Anträge 1 bis 3 wird einzeln abgestimmt.

**Abstimmung Antrag 1:** Der Rat stimmt einstimmig zu, dass die Volksinitiative "2m<sup>2</sup> Solarfläche pro Einwohner" als gültig erklärt wird.

**Abstimmung Antrag 2:** Der stadträtliche Antrag 2 wird mit 21 Ja- gegen 11 Nein-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, angenommen.

**Abstimmung Antrag 3:** Dem stadträtlichen Antrag 3 wird mit 25 Ja- gegen 7 Nein-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugestimmt.

Die **Ratspräsidentin** eröffnet nun die materielle Beratung zur Abstimmungsbotschaft mit dem 'lachsfarbenen Papier' der GPK Bau, Werke, Umwelt und dem Abänderungsantrag von Gemeinderätin Mirjam Laubi.

**Gemeinderat Mathias Frei**, Referent der GPK Bau, Werke, Umwelt: "Ich spreche noch einmal kurz für die GPK zu den redaktionellen Änderungen und zum inhaltlichen Abänderungsantrag von Gemeinderat Robert Zahnd, welche sie auf dem 'lachsfarbenen' Papier finden.

Redaktionelle Korrekturen in der Botschaft an den Gemeinderat beziehungsweise in der Abstimmungsbotschaft sind folgende:

1. Gemeinderat Jürg Joss präsentiert sich immer noch als aktives Mitglied unseres Rates. Hier soll dies entsprechend in beiden Botschaften korrigiert werden.
2. Vor kurzem musste ja leider bekannt gegeben werden, dass das Projekt zur Biogas-Aufbereitung abgebrochen wird. In der gemeinderätlichen Botschaft ist deshalb der entsprechende Abschnitt zu streichen.

Zudem hat Gemeinderat Zahnd an der GPK-Sitzung einen Abänderungsantrag zwecks Erläuterung beziehungsweise Präzisierung in der Abstimmungsbotschaft gestellt. Die Werkbetriebe müssen ihren jährlichen Fonds-Beitrag direkt über die Stromtarife verrechnen. Mit der quantitativen Festsetzung soll der Stimmbürgerin und dem Stimmbürger die diffuse Angst vor unbekanntem Tariferhöhungen genommen werden.

Die GPK stimmt allen Anträgen auf dem 'lachsfarbenen' Papier einstimmig zu und empfiehlt dem Rat, es der Kommission gleich zu tun."

Zu den Anträgen der GPK Bau, Werke, Umwelt liegen seitens des Rates keine Wortmeldungen vor. Über den Antrag von Gemeinderätin Mirjam Laubi wird später abgestimmt, da dieser nicht als gleichrangig betrachtet wird.

Die **Ratspräsidentin** lässt über die folgenden Anträge der GPK Bau, Werke, Umwelt gemäss lachsfarbenem Papier mit nachstehendem Inhalt gesamthaft abstimmen:

### **Botschaft Nr. 188 an den Gemeinderat**

#### **Seite 1, oben, 3. Satz**

"alt Gemeinderat Jürg Joss" ist in "*Gemeinderat Jürg Joss*" zu ändern.

#### **Seite 7, 4. Absatz**

Der *gesamte Absatz ist ersatzlos zu streichen*, da dieser gegenstandslos geworden ist (Nichtrealisierung der Biogasanlage).

### **Abstimmungsbotschaft Nr. 188 a**

#### **Seite 2, oben, 3. Satz**

"alt Gemeinderat Jürg Joss" ist in "*Gemeinderat Jürg Joss*" zu ändern.

#### **Seite 3, oben, 1. Absatz, zusätzlicher ergänzender Text**

Sie stammen je zur Hälfte aus Steuergeldern und von den Werkbetrieben.

*Bei den Werkbetrieben muss dafür eine Abgabe von 0,34 Rappen pro Kilowattstunde Strom erhoben werden. Für einen durchschnittlichen Haushalt bedeutet dies 13.60 Franken pro Jahr (Stand Ende 2009).*

#### **Abstimmung lachsfarbenes Papier GPK:**

Der Rat stimmt diesen Anträgen gemäss lachsfarbenem Papier der GPK Bau, Werke, Umwelt einstimmig zu.

Die **Ratspräsidentin** lässt nun über den nachstehenden Antrag von Gemeinderätin Mirjam Lau-bi abstimmen:

*Der zweite Satz der Botschaft auf Seite 2 sei wie folgt zu ändern: Die Initiative wurde am 26. Juni 2009 mit 860 gültigen Unterschriften von einem Komitee bestehend aus Gemeinderat Jürg Joss, Gemeinderat Christian Schmid und Kantonsrat Thomas Böni mit folgendem Wortlaut eingereicht:*

Daran anschliessend soll der Initiativtext eingefügt werden. Schlussendlich ist der letzte Titel auf Seite 7 der Schlüssigkeit wegen zu ändern in *Auswirkung der Initiative auf die Stadt Frauenfeld*.

**Gemeinderat Christian Schmid** wünscht noch das Wort zum Antrag Laubi zu ergreifen: "Ich bitte Sie, diesen Antrag von Gemeinderätin Laubi zu unterstützen. Er ist nämlich nur logisch. Wenn sie die gelbe Botschaft an den Gemeinderat anschauen, dann steht auf der vordersten Seite auch der Wortlaut der Initiative. Also warum soll dann der Wortlaut der Initiative in der Abstimmungsbotschaft nach hinten verschoben werden? Ich verstehe das nicht! Darum bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

**Stadtammann Carlo Parolari:** "Meine Damen und Herren, ich bitte Sie den Antrag abzulehnen. Gemeinderätliche Abstimmungsbotschaften sind immer nach dem gleichen Raster aufgebaut. Abstimmungsbotschaften weisen ein Kapitel 'die Abstimmung in Kürze' - das ist eine Wertung des Stadtrates - und ganz am Schluss, immer fett gedruckt, die Schlussbemerkungen und die entsprechenden Anträge auf. Die materiellen Ausführungen sind dann im Erwägungsteil enthalten, und da gehört eben auch der Wortlaut des Initiativtextes hin, und nicht in die Empfehlung oder in die kurz geraffte Zusammenfassung. Etwas anderes ist die gemeinderätliche Botschaft. Die ist auch sehr viel ausführlicher und sehr viel fundierter. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

**Gemeinderat Jürg Joss:** "Ich weiss, es ist unüblich nach dem Votum des Stadtammanns noch einmal das Wort zu ergreifen. Trotzdem, der Stadtammann hat es erwähnt, dass die Abstimmungsbotschaft mit der Wertung des Geschäftes durch den Stadtrat beginnt. Ich bin der Meinung, dass bevor der Stadtrat die Wertung vornimmt - und diese Wertung ist ganz klar negativ - der Stimmbürger das Recht hat, ganz genau zu wissen, worüber er abstimmt und um was es geht, bevor eine solche Wertung und Empfehlung bereits abgegeben wird. Deshalb stimmen Sie bitte dem Antrag zu. Der Initiativtext gehört an den Anfang dieser Botschaft, denn der Stimmbürger soll von Anfang an ganz genau wissen, um was es geht. Vielen Dank."

**Stadtammann Carlo Parolari:** "Ich habe zum direkten Beweis kein Bundesbüchlein hier, aber ich wage die Behauptung, beim Bundesbüchlein ist es jeweils auch anders, das heisst der Initiativtext und der Gesetzesvorschlag oder was es dann immer ist, kommt am Schluss und am Anfang stehen die Empfehlungen sowie die entsprechenden Parolen."

Nachdem das Wort seitens des Rates zum Abänderungsantrag Laubi nicht mehr ergriffen wird, geht die **Ratspräsidentin** zur Abstimmung über.

**Abstimmung Antrag Laubi:**

Der Antrag von Gemeinderätin Mirjam Laubi wird mit 18 Nein- gegen 16 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.

**Abstimmung Antrag 4 Botschaft:** Der stadträtliche Antrag 4 gemäss Botschaft Nr. 188 vom 11. Mai 2010 wird mit 27 Ja- gegen 7 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.

**Gemeinderatspräsidentin Lisa Landert:** "Zum guten Glück habe ich das Fussball T-Shirt an, sonst hätte ich das wohl nicht geschafft. Als Abstimmungsdatum für diese Vorlage ist der 26. September 2010 vorgesehen."

**340**

## **TEILREVISION GESCHÄFTSREGLEMENT GEMEINDERAT**

*Eintreten, materielle Beratung, Gesamtabstimmung*

(Gegenüberstellung Geschäftsreglement für den Gemeinderat Frauenfeld, bestehende Fassung und Revisionsvorschlag)

### **Eintreten**

**Gemeinderat Matthias Hotz,** Präsident der parlamentarischen Spezialkommission: "Ich hoffe, die Diskussionen und Abstimmungen werden etwas einfacher.

Zuerst zum **Werdegang dieser Teilrevision:** Am letzten Sonntag wurde in der Volksabstimmung die von diesem Rat beschlossene Teilrevision unserer Gemeindeordnung angenommen. Dabei war von Beginn an klar, dass anschliessend auch noch das Geschäftsreglement des Gemeinderates entsprechend angepasst bzw. überarbeitet werden muss. An der Sitzung vom 19. August 2009 hat dieser Rat beschlossen, dass diese Teilrevision des Geschäftsreglements, über die wir nun heute beraten, von der gleichen parlamentarischen Spezialkommission vorbereitet werden soll. Heute soll diese Teilrevision des Geschäftsreglements wenn möglich bis zur Gesamtabstimmung durchberaten werden, und an unserer Sitzung vom 25. August 2010 soll dann die redaktionelle Lesung und Schlussabstimmung erfolgen. Und zum Schluss müssen wir auch noch das Einbürgerungsreglement, wiederum von der gleichen Spezialkommission vorberaten, in unserem Rat behandeln. Es ist vorgesehen, wie ich bereits früher erwähnt habe, dass alle diese drei Vorlagen, also die teilrevidierte Gemeindeordnung, das angepasste Geschäftsreglement und auch das neue Einbürgerungsreglement, am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten sollen. Damit können auch die Gesamterneuerungswahlen der Gemeindebehörden für die Amtszeit ab 2011 gestützt auf diese neuen Bestimmungen erfolgen.

Im Unterschied zur Teilrevision der Gemeindeordnung und zum Einbürgerungsreglement betrifft die Teilrevision des Geschäftsreglements allein die Hoheit unseres Gemeinderates, weshalb wir zu diesem Geschäft keine Botschaft des Stadtrates vorliegen haben. Das ist eigentlich eine Aus-

nahme. Diese Vorlage wurde deshalb alleine von der parlamentarischen Spezialkommission erarbeitet. Dabei wurde folgendes Vorgehen gewählt: Zuerst wurde eine Subkommission eingesetzt, der die Gemeinderäte Peter Hausammann, Marcel Epper und der Sprechende angehörten. Diese Subkommission hat in drei intensiven Sitzungen zuhanden der Spezialkommission einen ersten Entwurf des neuen Geschäftsreglements erarbeitet. Die 11-köpfige parlamentarische Spezialkommission, in der das ganze breite politische Spektrum unseres Rates vertreten war, hat dann in wiederum drei Sitzungen diesen Entwurf beraten. Die ersten beiden Sitzungen hat die Spezialkommission ohne Anwesenheit des Stadtrats durchgeführt. Dann hat die Kommission den Entwurf dem Stadtrat zur Vernehmlassung überwiesen und an der dritten Sitzung in Anwesenheit des Stadammanns und des Stadtschreibers wurde die Vernehmlassung des Stadtrats beraten und der Entwurf bereinigt, so wie er heute dem Rat vorliegt. Ich möchte an dieser Stelle allen, die in der Subkommission und auch in der Spezialkommission mitgearbeitet haben, für die in sehr konstruktiven und sachlichen Diskussionen erfolgte zügige Behandlung dieses Geschäfts bestens danken.

### ***Um was geht es nun in dieser Vorlage?***

Das Geschäftsreglement für den Gemeinderat Frauenfeld ist die gestützt auf die Gemeindeordnung erlassene Grundlage für unseren Ratsbetrieb. Das geltende Geschäftsreglement stammt vom 29. März 1995, ist also schon über 15 Jahre alt. Insbesondere aufgrund der nun erfolgten Anpassung der Gemeindeordnung, also des übergeordneten Rechts, drängte sich jetzt auch eine Anpassung dieses Geschäftsreglements auf.

Die wesentlichsten vorgenommenen Anpassungen sind in chronologischer Reihenfolge die folgenden:

- Neu ist in Art. 5 ausdrücklich festgehalten, dass das Ratsbüro die Zulässigkeit von parlamentarischen Vorstössen zu beurteilen hat.
- Insbesondere im neuen Art. 8a wurden die Kompetenzen und Aufgaben des Ratssekretariats klar festgehalten.
- In Art. 10 wurden die Aufgaben der drei Geschäftsprüfungskommissionen entsprechend der heutigen Praxis leicht angepasst und insbesondere wurde eine neue und wichtige Ergänzung dort im Abs. 4 eingefügt, dass diese GPKs die ganze Verwaltungstätigkeit in ihrem jeweiligen Geschäftsbereich überprüfen können. Das ist eine Kompetenzerweiterung gegenüber dem heutigen Stand.
- In Art. 13 wurden die Bedingungen und Kompetenzen einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) präziser umschrieben.
- Ebenso wurden in den Art. 14 bis 14b die Bestimmungen für die Kommissionsarbeiten präziser umschrieben.
- Eine wesentliche Neuerung ist in Art. 17, wonach die Kommissionsprotokolle nach Abschluss der Kommissionsarbeit im Unterschied zu heute für die übrigen Ratsmitglieder einsehbar sind, aber - was zu betonen ist - unter der Wahrung von deren Schweigepflicht.

- In Art. 18 wird neu analog dem Grossen Rat der Status eines Beobachters mit beratender Stimme in den GPKs geschaffen, falls eine Fraktion keinen ordentlichen Einsitz erhalten kann.
- Gemäss dem neuen Art. 21a sind wie in anderen Parlamenten bei Amtsantritt und jeweils zu Beginn der Amtsdauer die Interessenbindungen offenzulegen, die in einem öffentlichen Register festgehalten werden und für jedermann einsehbar sind.
- Im neuen Art. 42a wird die Prüfung der Zulässigkeit von parlamentarischen Vorstössen präziser geregelt.
- Im Art. 43 ist das Instrument der Motion klarer umschrieben.
- In den Art. 48 bis 51 sind einzig Präzisierungen vorgenommen worden.
- Und im neuen Art. 53a ist schliesslich das bereits in der Gemeindeordnung neu festgehaltene Behördenreferendum festgelegt.

Dies sind die wichtigsten Anpassungen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es sich hier um keine revolutionären Änderungen handelt, diese aber unser Geschäftsreglement wieder auf einen aktuellen Stand bringen, die Kompetenzen unseres Rates ausbauen und die Ratsarbeit erleichtern sollten.

Die parlamentarische Spezialkommission hat sich in der Schlussabstimmung einstimmig mit dem vorliegenden Entwurf einverstanden erklärt und ist damit für Eintreten.

Ich bin der Meinung, dass die Subkommission und die parlamentarische Spezialkommission in Rücksprache mit dem Stadtrat mit der nötigen Sorgfalt einen sehr zweckmässigen Entwurf für das neue Geschäftsreglement erarbeitet haben. Ich hoffe, dieser Entwurf wird vom Gemeinderat heute gut aufgenommen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit."

**Gemeinderat Herbert Vetter:** "Ich spreche im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaften und kann es kurz machen.

Unsere Fraktion hat den Vorschlag für die Teilrevision des Geschäftsreglementes des Gemeinderates besprochen und kann sich mit den vorgeschlagenen Änderungen einverstanden erklären.

Aus unserer Sicht sind darin gute und nötige Anpassungen enthalten. Einiges wurde bereits heute schon so praktiziert, ist nun aber festgeschrieben und auch präzisiert worden.

Wir begrüssen auch die Neuerungen, wie zum Beispiel den Aufgabenbeschrieb des Ratssekretariats oder die Einsicht in Kommissionsprotokolle durch die übrigen Gemeinderatsmitglieder. Betreffend dem Ausbau der Volksrechte sollte das Einsichtsrecht eigentlich auch für das Volk gelten - später dazu mehr.

Wie bereits eingangs erwähnt, unterstützt unsere Fraktion die Vorlage einstimmig. Besten Dank."

**Gemeinderat Christian Mader:** "Ich spreche im Namen der FDP/SVP/EDU-Fraktion.

Die Teilrevision des Geschäftsreglements für den Gemeinderat Frauenfeld hat in unserer Fraktion keine grossen Wellen geworfen. Da das 15-jährige Geschäftsreglement in die Jahre gekommen ist, mussten etliche Artikel an die heutigen Abläufe und Handhabungen im Ratsbetrieb ergänzt sowie angepasst werden. Auch wurde es um einige wenige Artikel erweitert.

Das Eintreten zu dieser Vorlage ist in unserer Fraktion unbestritten."

**Gemeinderat Christian Schmid:** "Ich spreche im Namen der Fraktion CH/Grüne. Eintreten ist in unserer Fraktion zu diesem Geschäft unbestritten. Wir sind erfreut, dass mit dem vorliegenden Entwurf insgesamt mehr Klarheit und Transparenz in die Geschäftsabläufe des Gemeinderates und seiner Kommissionen gebracht wird.

Speziell positiv erwähnen möchten wir den Beobachterstatus in den Geschäftsprüfungskommissionen, die Offenlegung der Interessenbindungen sowie die Vorprüfung von parlamentarischen Vorstössen.

Der Beobachterstatus ermöglicht es Fraktionen, denen aufgrund ihrer geringen Grösse keine Vertretung in den Geschäftsprüfungskommissionen zusteht, darin trotzdem mitzuarbeiten. Im Sinne einer Einbindung aller massgebenden Kräfte in die Behandlung der Geschäfte erscheint uns dies sinnvoll und effizient. Da diese Vertreter selbstverständlich kein Stimmrecht haben, hat es keinen Einfluss auf die politische Kräfteverteilung in den Geschäftsprüfungskommissionen.

Die Offenlegung der Interessenbindungen bringt unserer Meinung insbesondere für die Bevölkerung Transparenz, was ihre Volksvertreterinnen und -vertreter tun und wofür sie stehen.

Schliesslich zwingt die Vorprüfung von parlamentarischen Vorstössen deren Verfasser, sich klar zu werden, ob ihr Anliegen tatsächlich in die Kompetenz des Gemeinderates fällt.

In einem Punkt ist unsere Fraktion nicht zufrieden, nämlich betreffend der grundsätzlichen Geheimhaltungspflicht von Kommissionsprotokollen. Wir haben dies bereits in der Spezialkommission kundgetan. Wir werden in der materiellen Beratung diesbezüglich einen Antrag stellen."

**Gemeinderätin Katharina Wetli:** "Ich spreche im Namen der Fraktion CVP/EVP. Wir sind für Eintreten."

Das Wort zum Eintreten wird nicht mehr gewünscht.

Die **Ratspräsidentin** hält fest, dass Eintreten unbestritten und somit als stillschweigend genehmigt gilt.

## Materielle Beratung

**Gemeinderatspräsidentin Lisa Landert:** "Zur materiellen Beratung stützen wir uns auf die Fassung der parlamentarischen Spezialkommission vom 29. April 2010. Die aktuell noch gültige Fassung des Geschäftsreglements ist auf der linken Seite und die Änderungen sind auf der rechten Seite zu finden. Ich werde das Geschäftsreglement artikelweise durchberaten lassen."

Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwände oder generelle Bemerkungen seitens des Rates vorgebracht.

**Gemeinderätin Katharina Wetli:** "Vorweg möchte ich meinen Dank an alle Stimmberechtigten aussprechen, die letztes Wochenende mit ihrer Stimme einen Beitrag dazu geleistet haben. Enttäuscht war ich aber über die Höhe der Stimmbeteiligung und wie wenige Bürger Interesse am Geschehen bekundet haben.

Vor 16 Jahren wurden die letzten Änderungen an der Gemeindeordnung gemacht. Seit beinahe zwei Jahren befasste sich der Stadt- und Gemeinderat mit dem Vorgehen und Zielen des neuen Geschäftsreglements. Da hiess es, dass es höchste Zeit sei, dieses Bündel Papier genauer unter die Lupe zu nehmen und von jeglichem Staub zu befreien.

Wie wahr, dieses Bündel wurde wirklich gründlich unter die Lupe genommen, und Staub hat es wahrlich aufgewirbelt. Aber die parlamentarische Kommission hat ihre Arbeit gut gemacht und mit intensiven Sitzungen ihre Ziele erreicht. Denn die erste Zielsetzung war es, die Teilrevision per 1. Juni 2010 fertig bearbeitet zu haben.

Unsere Fraktion ist einstimmig der Meinung, dass Stadt- und Gemeinderat Vorteile aus der neuen Teilrevision ziehen können und ist somit einverstanden damit. Weitere Bemerkungen sind hier nicht zuzufügen. Danke."

**Gemeinderat Christian Mader:** "Ich möchte zur materiellen Beratung die für unsere Fraktion wichtigen Punkte kurz erläutern und dies pauschal, damit ich mich nicht x-Mal an das Rednerpult bemühen muss.

Wir haben folgende Artikel genau betrachtet und eingehend diskutiert:"

Art. 7

Hier ist neu ein Antragsrecht für das Ratssekretariat im Büro des Gemeinderats enthalten. Dies bedeutet, dass der Ratssekretär Antragsrecht, jedoch kein Stimmrecht hat.

Art. 10

In Artikel 10 ist neu der Abs. 4 enthalten. Es geht hier um die parlamentarischen Kommissionen. Die Geschäftsprüfungskommissionen können die Verwaltungstätigkeit in ihrem jeweiligen Geschäftsbereich überprüfen. Zukünftig verfügen die GPKs über bedeutend mehr Kompetenzen.

## Art. 17

Hier ist auch eine Erweiterung des Artikels zu verzeichnen. Es geht vorliegend um die Protokolle der parlamentarischen Kommissionen. Die Kommissionsprotokolle sind nicht öffentlich. Nach Abschluss der Kommissionsarbeit sind die Protokolle für die übrigen Ratsmitglieder unter Wahrung der Schweigepflicht nach Art. 21 zugänglich. Hier ist für unsere Fraktion entscheidend, dass erst nach abgeschlossener Kommissionsarbeit die Protokolle den Ratsmitgliedern zur Einsicht zur Verfügung stehen.

## Art. 18

Bei diesem Artikel ist ein neuer Abs. 4 enthalten, der die Fraktionen betrifft. Soweit eine Fraktion keinen Einsitz in einer Geschäftsprüfungskommission aufweist, hat sie das Recht, eine Beobachtung zu stellen. Der Beobachter oder die Beobachterin hat Antragsrecht und ist wie die Mitglieder zur Teilnahme an den Sitzungen verpflichtet. Dieser Artikel ermöglicht dem Beobachter ein Antragsrecht, aber kein Stimmrecht. Kleinen Fraktionen wird somit garantiert, die Informationen direkt in der GPK zu erhalten.

## Art. 21a

Dies ist ein neuer Artikel, der die Offenlegung der Interessenbildungen der Mitglieder des Gemeinderats regelt. Ich verzichte auf das Verlesen dieses Artikeltextes und nehme an, Sie haben dies alles schon durchgelesen.

## Art. 42

Hier ist bei den parlamentarischen Vorstössen eine kleine Änderung zu verzeichnen. In Abs. 2 steht *parlamentarische Vorstösse können von mehreren Ratsmitgliedern unterzeichnet werden. Sie sind dem Präsidium schriftlich begründet einzureichen. Das Präsidium teilt dem Rat den Eingang mit. Auf eine mündliche Begründung kann verzichtet werden.* Der letzte Satz '*auf eine mündliche Begründung kann verzichtet werden*', lässt die Möglichkeit offen, den parlamentarischen Vorstoss mündlich zu begründen.

## Art. 42a

Dieser neue Artikel regelt die Zulässigkeit der parlamentarischen Vorstösse. Auch hier ist wichtig, dass die Beurteilung vorgenommen wird. Es verhindert unnötige Leerläufe aufgrund falsch aufgleister Vorstösse - ein wichtiger Artikel.

## Art. 51

Dieser umfasst die Präzisierungen bezüglich des Abstimmungsmodus. Wir haben diese Frage ja heute hitzig erlebt.

## Art. 53a

Dieser wiederum neue Artikel betrifft das Behördenreferendum. Hier ist festzuhalten, dass über das Behördenreferendum nur noch abgestimmt und nicht mehr diskutiert wird.

Dies sind die wichtigsten Diskussionspunkte in unserer Fraktion. Die Fraktion FDP/SVP/EDU unterstützt die Teilrevision des Geschäftsreglements für den Gemeinderat Frauenfeld. Ich danke Ihnen für die geschätzte Aufmerksamkeit."

**Gemeinderatspräsidentin Lisa Landert:** "Die artikelweise Beratung nehme ich vor, damit allfällige Abänderungsanträge bei den einzelnen Artikeln jeweils angebracht werden können."

Das Geschäftsreglement wird nun artikelweise durchberaten.

Da bis Art. 17 keine Wortmeldungen des Rates vorliegen, geht die **Ratspräsidentin** ohne weiteren Verzug zur Beratung von Art. 17 über.

**Gemeinderat Peter Hausammann:** "Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das ist Effizienz. Nachher kann man dann noch fragen, ob es überhaupt noch einen anderen Abänderungsantrag gibt."

Vorab auch meinerseits der Dank an die konstruktive Zusammenarbeit in der Spezialkommission.

Im Namen der Fraktion CH/Grüne stelle ich Ihnen den Antrag, Art. 17 wie folgt zu ändern:

### **Antrag**

#### **Abs. 1**

*Die Kommissionsprotokolle sind nach Abschluss der Beratungen im Rat öffentlich.*

#### **Abs. 2**

*Die Kommission kann Ausnahmen beschliessen.*

### **Begründung**

Wir haben mit der neuen Stadtverfassung die Volksrechte insgesamt gestärkt. Gestärkt, liebe SVP! Und das ist gut so.

Wir haben in den letzten Wochen eine Debatte über die Volksrechte geführt. Und das war gut so. Gemeinderäte und Parteien haben sich geradezu überboten, die Bedeutung der Volksrechte hervorzuheben. Auch das ist gut so.

Völlig quer in dieser Landschaft liegt nun aber der Art. 17 unseres Geschäftsreglements: *Die Kommissionsprotokolle sind nicht öffentlich. Nach Abschluss der Kommissionsarbeit sind die Protokolle für die übrigen Ratsmitglieder unter Wahrung der Schweigepflicht nach Art. 21 zugänglich.*

Meine Damen und Herren, die Kommissionsprotokolle und damit die Diskussionen und die Verhandlungen in den Kommissionen sollen also geheim sein. Nur wir 40 sollen sie lesen dürfen. Nur lesen notabene, aber ja nicht weiter erzählen, auch nicht, wenn wir von interessierten Bürgerinnen und Bürgern gefragt werden. Das Volk soll also draussen bleiben. Mit Verlaub - das ist erstens Kabinettpolitik, zweitens Geheimklubmentalität und drittens ein so alter Zopf, der eigentlich von alleine abfallen sollte.

Das Parlament ist öffentlich. Und die gemeinderätlichen Kommissionen sind parlamentarische Kommissionen, nicht etwa solche der Verwaltung. Viele Entscheide fallen in den Kommissionen. Im Rat wird dann häufig darüber nicht mehr diskutiert. Aktuelles Paradebeispiel war die Gemeindeordnung, unsere Stadtverfassung.

Hier haben wir - das war ein Quantensprung - neu das Referendum für Gemeindegesetze eingeführt. Das gab es vorher nicht. Dies geschah in der Kommission. Dies war kein Thema hier im Rat. Es gäbe noch ein paar andere Beispiele dazu zu erwähnen, aber das war das wichtigste. Es gibt nun aber keinen Grund alle diese Informationen dem Volk vorzuenthalten. Im Gegenteil - das Volk soll wissen dürfen, was in den Kommissionen gelaufen ist.

Das ist der Grundsatz. Transparenz auch in der Vorberatung.

Aber natürlich - das sehe ich und sehen wir vollkommen - es gibt auch Ausnahmen: sensible oder brisante Themen und Informationen, die nicht oder noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Stichworte: Persönlichkeitsschutz, Amtsgeheimnis, Verwaltungsinterna, Vorinformationen zuhanden des Rates etc. Deshalb sieht der Antrag vor, dass die Kommission Ausnahmen beschliessen kann. Sie kann also bestimmte Informationen, Auskünfte, Feststellungen und ganze Verhandlungen geheim erklären - voraussetzungslos. Dies kann die Kommission so machen.

Es wird eingewendet, ohne geheime Protokolle seien offene Diskussionen in der Kommission nicht mehr möglich. Da frage ich aber Sie, Kolleginnen und Kollegen: Gehört jemand in den Gemeinderat, wenn er nicht bereit ist, in der Kommission offen zu diskutieren, weil das vom Volk im Nachhinein gelesen werden kann?

In der Kommission wurde die Angst geäussert - darf ich das überhaupt sagen oder verletze ich bereits die Schweigepflicht? - Stadtrat und Chefbeamte würden nicht mehr offen und umfassend informieren, wenn das Protokoll öffentlich ist. Erstens stellt sich auch hier die Frage: Wer hat Angst vor dem Volk? Zweitens schneidet sich eine Exekutive ins eigene Fleisch, wenn sie ihr Parlament unzureichend informiert. Drittens: Wie gesagt müssen nicht alle Informationen ins Protokoll. Vielmehr kann die Kommission frei gemäss unseren Vorschlag darüber entscheiden.

Offenbar gibt es schliesslich Bedenken wegen der Medien. Das verstehe ich nun überhaupt nicht. Transparenz hat noch nie geschadet. Wir sollten doch alle daran interessiert sein, dass die Medien möglichst umfassend im Bild sind, damit sie korrekt informieren können. Wir hören ja immer wieder, was die für einen 'Stuss' hie und da geschrieben haben. Wenn diese wissen, was läuft, können sie auch korrekt informieren.

Die Protokolle der Kommissionen des Grossen Rates sind übrigens seit langer Zeit, spätestens nach Abschluss der Beratungen im Rat öffentlich, ich verweise auf § 68 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Grossen Rates. Sie sind dem Volk und natürlich auch den Medien seit Jahren zugänglich. Es hat deswegen nie irgendwelche Probleme gegeben. Probleme hat es diesbezüglich nur gegeben, wenn Vertraulichkeit beschlossen wurde und sich gewisse Mitglieder nicht daran gehalten haben - aber nicht wegen des Grundsatzes der Öffentlichkeit!

Es geht uns um ein Umdenken. Die Geheimhaltung soll nicht mehr im Vordergrund stehen, sondern die Ausnahme sein - dort wo es nötig ist, dort, wo es Sinn macht. Grundsatz soll die Öffentlichkeit, die Transparenz zu Gunsten des Volkes sein.

Ich bitte Sie, von Geheimniskrämerei Abschied zu nehmen und dem Antrag zuzustimmen. Und vielleicht darf ich Sie auch noch zu meinem Antrag zur zeitlichen Verschiebung der heutigen Sitzung erinnern. Also wissen Sie spätestens ab heute, dass es sich lohnt, meinen Anträgen zuzustimmen!"

**Gemeinderat Matthias Hotz:** "Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren. Ich war in letzter Zeit gerade zu verdächtig oft gleicher Meinung wie Gemeinderat Peter Hausammann, aber hier bin ganz vehement anderer Meinung. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag von Gemeinderat Peter Hausammann abzulehnen. Diesen Vorstoss in ähnlicher Weise hat Gemeinderat Peter Hausammann bereits in der Subkommission gemacht und dann auch in der parlamentarischen Spezialkommission. Und in beiden Kommissionen hat man diese Sache sehr intensiv und ausführlich diskutiert. In der Subkommission ist man mit 2 : 1 und in der parlamentarischen Spezialkommission mit 7 : 3 zur Ablehnung dieser Anliegen gekommen. In der Subkommission war vertreten, wie ich bereits erwähnt habe, Gemeinderat Marcel Epper und ich. Wir beide sind GPK-Präsidenten und wir beide sehen im täglichen Geschäft der GPK Probleme mit dieser Regelung, wie sie hier beantragt wird. Es gibt eben doch teils recht brisante Details, die dann nicht mehr offen in der GPK besprochen werden könnten. Und auch der Stadtrat könnte nicht mehr so offen wie bisher in den GPKs informieren. Es muss in den GPKs über Fakten gesprochen werden können, die nicht an die Öffentlichkeit und nicht in die Medien gehören. Einfach einige Beispiele: Strategien und Projekte der Werkbetriebe oder brisante Personalfragen, oder wie wir es hatten, brisante Salärfragen oder Informationen des Steueramtes und so weiter und so fort. Es gäbe eine lange Liste.

Deshalb komme ich zum Schluss, dass es mit der von Gemeinderat Peter Hausammann beantragten Lösung nur Nachteile und keine Vorteile gäbe. Die von Gemeinderat Peter Hausammann beantragte Lösung ist auch gar nicht so einfach, wie sie daherkommt. Das Ganze ist darum kompliziert, weil es eben schwierig ist, im Einzelfall immer eine klare Grenzziehung zwischen geheim und öffentlich zu machen. Also, wo soll man dann eine Ausnahme machen? Muss dann die GPK Finanzen und Administration die Sitzungen früher ansetzen, weil sie die Hälfte der Sitzungszeit darüber beraten muss, was geheim ist und was nicht? Und werden wir dann trefflich darüber streiten? Ich meine, Kommissionsdiskussionen sollten überhaupt nicht in der Öffentlichkeit und damit überhaupt nicht in den Medien ausgebreitet werden - und das sage ich auch hier vor den Medienvertretern. Eine solche Entwicklung würde dem politischen Prozess in unserem Rat, der bisher ein meiner Meinung nach guter und geordneter Prozess war, keinen Dienst erweisen. Sie würde diesem politischen Prozess schaden. Deshalb empfehle ich Ihnen, der sanften und massvollen Öffnung der Kommissionsprotokolle, wie sie im vorliegenden Entwurf nun vorgeschlagen wird, zuzustimmen und den Antrag von Gemeinderat Peter Hausammann abzulehnen. Ich meine, die Ihnen heute vorliegende klare und knappe Regelung unseres Entwurfs stellt einen sehr guten Kompromiss dar. Besten Dank."

**Gemeinderat Werner Vetterli:** "Aus den Erfahrungen, die ich als GPK Präsident gemacht habe, beantrage ich Ihnen die Neufassung von Artikel 17 zu streichen und die bisherige Fassung zu belassen, die lautet:

*Die Kommissionsprotokolle sind nicht öffentlich.*

Begründung:

1. Die Weitergabe an die Fraktionen und an den Gemeinderat der behandelten Geschäfte in den GPKs ist Aufgabe der gewählten GPK-Mitglieder und hat sich in der Vergangenheit auch bewährt.
2. Jede weitere Zugänglichkeit zu den Protokollen öffnet die Möglichkeit zu Indiskretionen, die es zu vermeiden gilt. Die Eidg. Räte und der Bundesrat geben dazu genügend negative Beispiele. Auch hier gilt es, Neuerungen nur dann einzuführen, wenn Sie eine Verbesserung der bisherigen Fassung beinhalten.
3. Die Stadträtinnen und Stadträte haben bis anhin die GPKs transparent und vertieft über geplante Massnahmen in den einzelnen Geschäften informiert, rückblickend aufgezeigt, wo Probleme in Ihren Abteilungen entstanden sind und dazu mögliche Lösungsansätze präsentiert.
4. Mit einer erweiterten Einsicht durch die Ratsmitglieder in die Protokolle werden solche Informationen bestimmt geschmälert und dadurch die GPK-Arbeiten stark erschwert. Gerade bei den Abteilungen Soziales und Öffentliche Sicherheit gibt es immer wieder Massnahmen, die eingeleitet werden müssen, rechtlich aber zuerst abgeklärt oder mit dem übergeordneten Recht verknüpft werden müssen.

Aus den erwähnten Gründen möchte ich Sie bitten, bei der alten und bewährten Fassung zu bleiben, die lautet:

*Die Kommissionsprotokolle sind nicht öffentlich.*

Mit diesem Wortlaut helfen Sie mit, neue Schlupflöcher für Indiskretionen zu verhindern. Ich danke Ihnen."

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass es sich vorliegend um einen gleichrangigen Antrag zu demjenigen von Gemeinderat Peter Hausammann handelt.

Die beiden Anträge von Gemeinderat Peter Hausammann und Gemeinderat Werner Vetterli werden einander gegenübergestellt.

**Abstimmung Antrag Hausammann:** Auf den Antrag von Gemeinderat Peter Hausammann entfallen 12 Ja-Stimmen.

**Abstimmung Antrag Vetterli:** Auf den Antrag von Gemeinderat Werner Vetterli entfallen 18 Ja-Stimmen.

Im Weiteren sind 5 Enthaltungen zu verzeichnen.

Somit obsiegt der Antrag von Gemeinderat Werner Vetterli gegenüber demjenigen von Gemeinderat Peter Hausammann.

Die **Ratspräsidentin** stellt nun den Antrag Vetterli gegenüber der Fassung der parlamentarischen Spezialkommission zur Abstimmung.

**Abstimmung Antrag Vetterli:** Auf den Antrag von Gemeinderat Werner Vetterli entfallen 10 Ja-Stimmen.

**Abstimmung Fassung parl. Spezialkommission:** Auf die Fassung der parlamentarischen Spezialkommission entfallen 19 Ja-Stimmen.

Im Weiteren sind 6 Enthaltungen zu verzeichnen. Somit obsiegt die Fassung der parlamentarischen Spezialkommission gegenüber dem Antrag von Gemeinderat Werner Vetterli.

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass es bezüglich Art. 17 bei der Fassung der parlamentarischen Spezialkommission bleibt.

Die **Ratspräsidentin** stellt die Art. 18 bis 64 zur Diskussion. Dazu wird seitens des Rates das Wort nicht mehr verlangt. Ebenfalls wird Rückkommen aus dem Rat zur Teilrevision des Geschäftsreglements nicht verlangt.

**Gemeinderatspräsidentin Lisa Landert:** "Da uns zu diesem Geschäft keine Botschaft vorliegt, erlaube ich mir für die Gesamtabstimmung einen Antrag mündlich zu formulieren. Er lautet folgendermassen:

*Der Teilrevision des Geschäftsreglement für den Gemeinderat Frauenfeld vom 29. März 1995 mit den Änderungen wird zugestimmt.*

**Abstimmung:** Der Gemeinderat stimmt im Rahmen der Gesamtabstimmung der Teilrevision des Geschäftsreglements des Gemeinderats mit 32 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zu.

**Gemeinderatspräsidentin Lisa Landert:** "Die Schlussabstimmung findet an der nächsten Sitzung vom 25. August statt, nach der redaktionellen Lesung durch die Redaktionskommission.

Mit Ihrer Hilfe habe ich heute hoffentlich definitiv meine Feuertaufe bestanden. Somit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich bedanke mich mehrmals - und das nach nur zwei Sitzungen - für die Mithilfe, die speditive Mitarbeit und die lebhaftige Diskussion - das ist schön! Fussballfans können nun, wenn sie ganz schnell sind, noch den Rest des Spiels Südafrika gegen Uruguay mitverfolgen. Der Schweizer Nati drücken wir natürlich weiterhin die Daumen. Ihnen allen wünsche ich einen schönen und hoffentlich heissen Sommer, gute Erholung und freue mich, Sie am 1. August 2010 zum Nationalfeiertag im Alterszentrum Park oder aber am 20. August 2010 im Rahmen des Parlamentariertreffens am Eidg. Schwing- und Älplerfest be-

grüssen zu dürfen. Für den Ratsbetrieb erwarte ich Sie wieder in alter Frische am 25. August 2010 um 18.00 Uhr hier im kühlen Bürgersaal.

Ein grosses Dankeschön geht an die kreativen Dekorateure und Dekorateurinnen des heutigen Blumenschmuckes. Somit sind Sie entlassen. Einen schönen Abend!"

- - -

Schluss der Sitzung: 21.35 Uhr

\* \* \*

